


PRESSESPIEGEL

der CDU in Pankow Oktober 2023

- ++ Carsharing am Stadtrand-neuer Plan mit dickem Haken S.2++
- ++ So soll der Park am Weißen See attraktiver werden S.4++
- ++Ein neuer Bauantrag ist gestellt S.9++
- ++ Wichtige Querungshilfe S.10++
- ++Junge Bäume wurden stark beschädigt S.18++
- ++ Grüne Höfe in Pankow: Kritik an Kampfhunden und Warten auf Kai Wegner S.20 ++
- ++ Die mobile Zukunft der Hauptstadt CDU-Plan: Lufttaxis und Elon Musks Hyperloop für Berlin S.34++
- ++ Schwarz-Rot will Gesetz zum Tempelhofer Feld ändern S.36++

Datum: 02.10.2023	Medium: Berliner Morgenpost Online
Berliner  Morgenpost	Autor: Thomas Schubert Thema: Denise Bittner, David Paul

PARKPLÄTZE FÜR MIETWAGEN

Carsharing am Stadtrand – neuer Plan mit dickem Haken **M+**



02.10.2023, 13:12 | Lesedauer: 6 Minuten

Thomas Schubert

Carsharing am Stadtrand gilt in Berlin und anderen Metropolen als Schlüsselprojekt für die Verkehrswende. Nun nennt das Bezirksamt Pankow ein konkretes Konzept mit einem Vorteil – und einem offensichtlichen Problem.

Foto: Ralf Rottmann / FUNKE
Foto Services (Symbolfoto)

Pankow und andere Berliner Bezirke wollen Flächen für Carsharing am Stadtrand schaffen. Doch das Wichtigste haben sie kaum bedacht.

„Carsharing-Nutzer nehmen die Angebote, die für sie am einfachsten funktionieren“, meint Pankows Fraktionschefin Denise Bittner.

David Paul „Carsharing durch gezielte Angebote für Anbieter in nicht erschlossene Gebiete zu holen“.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article239715789/Cars-haring-am-Stadtrand-neuer-Plan-mit-dickem-Haken.html>

Datum: 05.10.2023	Medium: Berliner Morgenpost Online
Berliner Morgenpost	Autor: Marc R. Hoffmann Thema: Manuela Anders-Granitzki

So soll der Park am Weißen See attraktiver werden



05.10.2023, 17:49 | Lesedauer: 3 Minuten

Marc R. Hoffmann



Bezirksstadträtin Manuela Anders-Granitzki (l., CDU) im Gespräch mit Rollstuhlfahrer Henning Seibt auf der Baustelle am Weißen See.

Foto: Sergej Glanze / FUNKE
Foto Services

Begrünung und neue Wege sollen den Weißen See in Berlin-Pankow zu neuem Glanz verhelfen. Dabei können auch die Bürger mitreden.

Berlin. Der Weiße See im Bezirk Pankow ist Berlins Biotop der Sorgen: [Wassermangel](#), durch illegale Badetouristen niedergetrampelte Uferzonen und [immer wieder Badetote](#). Doch der der Bezirk greift inzwischen durch, [nach verstärkten Kontrollen in diesem Sommer](#) startet mit der Instandsetzung der Wege jetzt ein großangelegter Umbau des Parks, der bis 2025 dauern und mit mehr als fünf Millionen Euro zu Buche schlägt. Bürgerinnen und Bürger haben dazu noch bis zum 8. Oktober auf mein.berlin.de Gelegenheit, ihre Meinung über einen neuen Gehwegbelag

kundzutun. Im Bildungszentrum Peter Edel (Berliner Allee 125) ist zudem für den 14. Oktober von 12 bis 17 Uhr ein offener Workshop für Interessenten vor Ort geplant.

„Der Weiße See hat für Pankow eine herausragende Bedeutung“, sagt **Bezirksstadträtin Manuela Anders-Granitzki** (CDU), [anlässlich des ersten Spatenstichs zur Parkerneuerung](#). Deswegen sei ihr bei der Sanierung besonders wichtig, den Park im Sinne von Anwohnern und Besuchern zu gestalten. Erster Schritt dazu ist die Erneuerung des Zugangs auf Höhe der Bus- und Tramhaltestelle Falkenberger Straße/Berliner Allee, die künftig auch Menschen mit körperlichen Einschränkungen – wie vom nahe gelegenen Blindenwohnwerk – erleichtern soll. Sie soll noch in diesem Jahr abgeschlossen werden.

Pankow: Neuer Wegebelaag könnte Park um Weißen See barriereärmer gestalten

In der Zwischenzeit haben Bürgerinnen und Bürger wenige Meter weiter die Gelegenheit, verschiedene Untergrundarten für die Instandsetzung der Wege selbst zu testen. Dazu wurden jeweils zwei unterschiedliche farbige Flächen mit dem bisherigen Kies-Sandgemisch und zwei Flächen aus Glorit hergestellt. Letzteres vereint nach Aussage der Experten gleich mehrere Vorteile.

„Das Material lässt etwa 50 Prozent des Wassers durch, hat eine höhere Abriebfestigkeit, ist eben und rutschhemmend“, beschreibt Ronald Kölm vom Straßen- und Grünflächenamt die Vorteile. Er hofft, dass entsprechend hergestellte Wege mehr als zehn Jahre halten. Erste gute Erfahrungswerte dazu gebe es bereits aus dem Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg. Henning Seibt hat den Test bereits gemacht. Mehrfach ist der 36-jährige Rollstuhlfahrer zwischen den probeweise hergestellten Flächen hin und hergefahren, sagt: „Der neue Belag lässt sich problemlos befahren, ist nur minimal schlechter als Asphalt und hoffentlich besser fürs Klima.“

Wenn es die Bürger wünschen, könnte es erstmals auch offiziell erlaubt werden, einen Teil der Wege mit dem Fahrrad zu nutzen. Verschiedenfarbige Wege aus Glorit könnten deutlich machen, was wo zulässig ist. Angedacht ist das laut Verwaltung für den Bereich zwischen Indira-Gandhi-Straße und Amalienstraße.

Datum: 02.10.2023	Medium: Berliner Morgenpost Online
Berliner Morgenpost	Autor: Marc R. Hoffmann Thema: Manuela Anders-Granitzki

ALARM AM BRÜCKENTAG

Badetoter in der Krummen Lanke und Fehlalarm am Weißen See



02.10.2023, 10:43 | Lesedauer: 3 Minuten

Thomas Schubert

Wieder ein schwerer Badeunfall an Weißen See? Die Berliner Feuerwehr suchte mit einem Boot nach einer vermissten Person.

Foto: Thomas Schubert / Berliner Morgenpost

In der Krummen Lanke starb ein Schwimmer – offenbar ertrank er. Der Alarm am Weißen See stellte sich hingegen als unbegründet heraus.

In der Krümmen Lanke starb ein Schwimmer – offenbar ertrank er. Der Alarm am Weißen See stellte sich hingegen als unbegründet heraus.

Berlin. Am Montag verunglückte ein Schwimmer in der Krümmen Lanke tödlich. Der leblose Körper des 36-Jährigen war am Nachmittag an einer Badestelle des Zehlendorfer Gewässers gefunden worden, wie die Berliner Polizei in der Nacht zu Dienstag mitteilte. Notärzte haben versucht, den Mann zu reanimieren – allerdings erfolglos. Er starb noch vor Ort.

Die Polizei konnte zunächst keine Angaben zur Todesursache machen. „Es handelte sich um einen Badeunfall“, sagte eine Sprecherin am Dienstagnachmittag dann der Berliner Morgenpost. Der Mann sei offenbar ertrunken.

Derweil deutete am Dienstag alles darauf hin, dass es sich beim Verdacht eines weiteren Badetoten im Weißen See im gleichnamigen Stadtteil um einen Fehlalarm handelte. Nachdem die Berliner Feuerwehr am Montagmittag die Suchmaßnahmen einstellte, war sie am Folgetag laut eines Sprechers nicht erneut ausgerückt.

Kleidungsstücke am Ufer lösten Feuerwehreinsatz am Weißen See aus

Zuvor startete die Feuerwehr ihren Einsatz auf dem Pankower Gewässer. Man sei mit einem Boot unterwegs, weil offenbar eine Person vermisst werde. Man müsse derzeit von einem schweren Badeunfall ausgehen, hieß es von einem Sprecher noch am Montagmorgen.

Zunächst befanden sich die Retter noch in der Erkundung – und die ergab bis zum frühen Mittag kein Ergebnis. „Wir haben alles abgesucht, auch ein Hubschrauber der Polizei war zur Unterstützung in der Luft. Aber nun brechen wir ab“, sagte der Feuerwehr-Sprecher gegen 11.30 Uhr. Auslöser für den Einsatz: Kleidungsstücke am Ufer und eine Meldung besorgter See-Besucher.

Tatsächlich gab es in diesem Sommer gab im Weißen See bereits zwei Badetote zu beklagen. Am 15. Juni war ein 27-Jähriger leblos geborgen worden. Am 7. August fanden Frauen beim Gassi gehen den Leichnam eines 89-Jährigen im Wasser, der schon am Vorabend vermisst wurde. Seit Jahren muss sich das Bezirksamt Pankow am Weißen See mit illegalem Wildbaden außerhalb des örtlichen Strandbads auseinandersetzen, was immer wieder zu tödlichen Unfällen führt. Diesen Sommer war die Zahl der protokollierten Regelverstöße erstmals wieder rückläufig – was aber wohl auch an einer kühleren Wetterphase im August lag.

Wildbaden im Weißen See - Bezirk Pankow nannte überraschende Zahlen

Dadurch holte das Ordnungsamt Pankow trotz Dauerpräsenz weitaus weniger Schwimmer aus dem Wasser als noch 2022. Standen damals „3.932 unerlaubt badende Personen“ in der Bilanz von **Stadträtin Manuela Anders-Granitzki** (CDU), so ist diese Zahl in dieser Saison massiv gesunken. Nur noch 605 Fälle von Wildbaden protokollierten die Kräfte von Ordnungsamt und Polizei von Juni bis Anfang September.

Am Mittwoch, 4. Oktober, soll nun die lang erwartete große Sanierung des Parks am Weißen See starten – mit dem Ziel, illegale Badestellen zu sperren und das Ufer mit neuer Vegetation zu bepflanzen. Mehr als fünf Millionen Euro liegen für das Umweltprojekt bereit.

Datum: 07.09.2023	Medium: Berliner Woche Online
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Manja Schreiner

Ein neuer Bauantrag ist gestellt

WEISSENSEE: Lückebau an der Berliner Allee wird wohl noch lange nicht fertig

von Bernd Wähler

An der Berliner Allee 173/173 A, schräg gegenüber von der Einmündung Buschallee, begannen vor mehr als vier Jahren die Arbeiten an einem Lückebau.

Das Gebäude steht seit langer Zeit im Rohbau. Bauarbeiten sind dort aber nicht mehr zu beobachten. Und hinzu kommt, dass der Gehweg mit einem Bauzaun abgesperrt ist. Woran liegt es, dass nicht weitergebaut wird? Und wann verschwindet der Bauzaun, wenn sowieso nicht gebaut wird? Das erfragte der Verordnete Henrik Hornecker (SPD) vom Bezirksamt.

Bauzaun dient der Gefahrensicherung

Die Sondernutzungserlaubnis für den Bauzaun wurde im Juni 2018 vom Straßen- und Grünflächenamt bis auf Widerruf erteilt, berichtet die Stadträtin für Ordnung und öffentlichen Raum, Manuela Anders-Grantzki (CDU). Der Grund für den Zaun sei die Gefahrensicherung am noch unvollendeten Gebäude. Mit dem Baubeginn war außerdem ein öffentlicher Zugang zum Park am



Seit vier Jahren eine Baustelle: Mit diesem Lückebau an der Berliner Allee geht es nicht voran. Foto: Bernd Wähler

Weißem See, der sich bisher dort befand, gesperrt worden. Auch dieser Zugang ist seit Jahren nicht zu nutzen.

Wie Anders-Grantzki informiert, wurde im Jahr 2013 eine „nachbarrechtliche Vereinbarung zwischen der damaligen Eigentümerin und dem Bezirksamt Pankow zur Überbauung dieses Zugangs“ geschlossen. Mit dieser Vereinbarung sollte die Offenhaltung des Zugangs nach Ab-

schluss der Bauarbeiten für die Öffentlichkeit sichergestellt werden. Im Jahr 2016 ist das Grundstück allerdings veräußert worden und somit ist der Vertragspartner der Vereinbarung nicht mehr Eigentümer. Allerdings sei der Durchgang per Grundbucheintragung gesichert.

Wie Manuela Anders-Grantzki weiter informiert, ist die Genehmigung, die der frühere Eigentümer für den Bau eines

Mehrfamilienhauses mit Tiefgarage erhielt, inzwischen erloschen. „Für das Grundstück wurde ein neuer Bauantrag für die Errichtung eines Mehrfamilienhauses mit Tiefgarage im Fachbereich Bau- und Wohnungsaufsicht eingereicht“, erklärt die Stadträtin. „Derzeit befindet sich der Antrag noch in der Prüfung.“ Es könne derzeit allerdings nicht eingeschätzt werden, wann eine neue Baugenehmigung erteilt werden kann.

Datum: 07.09.2023	Medium: Berliner Woche Online
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Manja Schreiner

Wichtige Querungshilfe

PANKOW: Gehwegvorstreckung an der Grunowstraße angelegt


von Bernd Wähler

Auf der Grunowstraße wurde eine Gehwegvorstreckung eingerichtet, die den Schulweg zur Elizabeth-Shaw-Grundschule sicherer macht. Verkehrssenatorin Manja Schreiner (CDU) machte sich vor Ort ein Bild.

Die Querungshilfe ist eine von vier, die im September fertig wurden. Einen Zebrastreifen gibt es jetzt am Knotenpunkt Am Friedrichshain/Virchowstraße. Diese ermöglicht zum einen ein sicheres Überqueren der Straße aus dem Bötzowviertel kommend Richtung Volkspark Friedrichshain und umgekehrt. Zum anderen sorgt der Zebrastreifen für eine höhere Schulwegsicher-

heit für die Schüler, die demnächst die Schuldrehscheibe auf der Werneuchener Wiese besuchen. In diesem Jahr beginnen die Bauarbeiten für sechs weitere Querungshilfen, wovon zwei auf Schulwegen liegen, berichtet Manja Schreiber. Außerdem werden in diesem Jahr noch acht weitere Querungshilfen beziehungsweise Zebrastreifen beauftragt, die im kommenden Jahr umgesetzt werden.

Alle Bezirke haben inzwischen eine „Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit bei der Einrichtung von Querungshilfen für den Fußverkehr im öffentlichen Straßennetz“ unterschrieben, berichtet Verkehrssenatorin Manja Schreiner weiter.

Datum: 10.2023	Medium: Bucher Bote
	Autor: Kristiane Spitz Thema: Johannes Kraft

■ Buswartehäuschen ersehnt

BUCH – An der Bushaltestelle auf Höhe der Wiltbergstr. 25 stehen immer viele Menschen, den Wetterwidrigkeiten ausgesetzt und ohne Chance, sitzend auf den Bus zu warten. In einem Antrag der CDU-Fraktion wurde jetzt dem Bezirksamt empfohlen, sich bei den Berliner Verkehrsbetrieben dafür einzusetzen, dass an dieser Stelle »ein (mind. temporäres) Wartehäuschen errichtet wird«. Die Bauarbeiten an der S-Bahnstation in Buch dauern noch bis Januar 2024, nachgelagert erfolgt der vierte Bauabschnitt des Ausbaus der Wiltbergstraße zwischen Karower Chaussee und der Straße Am Sandhaus. Besonders im Herbst und im Winter benötigen Fahr-

gäste eine Unterstellmöglichkeit. Der Antrag wurde in der Oktober-BVV beschlossen.

Datum: 10.2023	Medium: Bucher Bote
Bucher Bote <small>Die erste Lokalzeitung für Buch, Karow, Panketal und Umgebung</small>	Autor: Kristiane Spitz Thema: Johannes Kraft, Jörn Pasternack

Politik hautnah erleben!

Besuchen Sie das Berliner Abgeordnetenhaus und den Bundesrat! Nach der spannenden Führung am Fr., 03.11.23, um 12 Uhr, tauschen wir uns über Ihre Themen aus. Interesse geweckt? Kontaktieren Sie mich!

Johannes Kraft
Ihr Johannes Kraft

Für Buch. Für Buchholz. Für Karow.
030/943 96 916
kraft@johannes-kraft.de **CDU**

Die Grenzen des Wissens erweitern

Schülerforschungs-
zentrum am Karower
Gymnasium gegründet

Am 24. August startete das Projekt »Schülerforschungszentrum (SFZ) am Robert-Havemann-Gymnasium« mit der feierlichen Enthüllung einer Plakette, die nun im Eingangsbereich der Karower Schule hängt.

Das Gymnasium ist bereits bekannt für sein naturwissenschaftliches Profil. Jüngst hatten beispielsweise Physiklehrer und Schüler Schlagzeilen gemacht, die zum wiederholten Mal einen Flugball in die Stratosphäre schickten und verschiedene Messdaten erfassten (»88« berichtete). Sehr erfolgreiche »Jugend forscht«-Projekte gibt es hier seit Jahren, die Einrichtung ist Berliner Klimaschule und hat zertifizierte Junior-Energieberater.

Es entstand nun die Idee, ein Schülerforschungszentrum am Karower Standort zu etablieren.

Im Mittelpunkt sollen die MINT-Fächer (MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) stehen, andere Fachrichtungen werden nicht grundsätzlich ausgeschlossen.

Besondere dieses Forschungszentrums für Energie und Umwelt Pankow (SFZ), das sich Ende Mai als Verein gegründet hat, ist, dass das Karower Gymnasium hier seine breit angelegte und erfolgreiche naturwissenschaftliche Arbeit auch Schülerinnen und Schülern anbietet, die nicht die Havemann-Schule besuchen. Prinzipiell kann das Alter der Teilnehmer vom Vorschulalter bis ins Studium reichen.

»Dieses Schülerforschungszentrum soll ein Ort des Lernens, der Kreativität, der Neugier und der Abenteuer in der Forschung werden«, erklärte Lehrer und Vereinsvorsitzender Dr. Alexander Stendal.

Momentan arbeitet der Verein an der inhaltlichen Ausgestaltung des Programms – und dann soll es mit der Forschungs- und Lehrtätigkeit losgehen. Mit dem Karower SFZ gibt es nun sechs derartige Einrichtungen in Berlin, in ganz Deutschland sind es 106 Schülerforschungszentren.

Die Grenzen des Wissens sollen erweitert werden. »In unseren Funktionsräumen und Forschungslaboren und in der Werkstatt bieten wir Jugendlichen und Kindern die Gelegenheit, das Universum der Naturwissenschaften hautnah zu erkunden«. Das Zentrum wolle zudem naturwissenschaftliche Begabungen von Kindern fördern und sie inspirieren.

»Ich durfte die Schirmherrschaft für dieses tolle Projekt übernehmen«, erklärte ein sichtlich erfreuter Johannes Kraft, Wahlkreisabgeordneter im Abgeordnetenhaus, bei der Plaketteneinweihung. »Für mich ist es eine Herzensangelegenheit, dieses Projekt fachlich und materiell zu unterstützen.«

Das Schülerforschungszentrum wird sich über Spenden- und Preisgelder finanzieren.

Kristiane Spitz



FOTO: TOBIAS KOCH

Einweihung der SFZ-Plakette am Gymnasium Karow (v. l.): Vereinsvorsitzender Dr. Alexander Stendal, Schirmherr Johannes Kraft (MdB), Lars Bocian (MdB) und Bezirksstadtrat Jörn Pasternack.

Datum: 10.2023

Medium: Bucher Bote

Bucher Bote
Die erste Lokalzeitung für Buch, Karow, Panketal und Umgebung

Autor: Kristiane Spitz

Thema: Manja Schreiner

Naturschutzpreis für Bucher Schulprojekt

Ein tolles Schulwaldprojekt der Grundschule Am Sandhaus wurde geehrt

Der Berliner Naturschutzpreis ist in diesem Jahr an die Initiatorin eines FU-Projekts – und an eine Grundschule in Berlin-Buch gegangen! Die Freude in der Grundschule Am Sandhaus war groß, als sie für ihr Schulwaldprojekt feierlich geehrt wurde. Ende August empfingen die Akteure den Preis des Landes Berlin bei einem Festakt in der Ufa-Fabrik Internationales Kultur Centrum, wie die Stiftung Naturschutz Berlin mitteilte.



Naturerlebnispädagogin Antje Neumann

Seit 2004 gibt es den sogenannten Schulwald der Grundschule Am Sandhaus (*»BB«* berichtete) auf einer ehemaligen Rieselfeldfläche im Hobrechtswald. Seitdem haben Schülerinnen und Schüler dort gemeinsam mit der Waldpädagogin Antje Neumann mehr als 2.500 Bäume gepflanzt und »ganz nebenbei« viel über heimische Arten und das Ökosystem Wald gelernt.

Antje Neumann hat das Schulwald-Projekt vor 19 Jahren initiiert, sie hat sich mit Leib und Seele dem Wunder der Natur und ihrem Schutz verschrieben. Die Lehrerin und Naturpädagogin verfasste auch Bücher und schreibt nicht zuletzt seit vielen Jahren Beiträge für die Umwelt-Seite des »Bucher Boten«. »Mein Ziel ist es, Kinder in die Natur zu bringen und dort zu lernen, vor Ort, über alle Sinne«, erklärt sie.



FOTOS: STIFTUNG NATURSCHUTZ BERLIN

Waldmanagerinnen und -manager der Bucher Grundschule Am Sandhaus.



FOTO: STIFTUNG NATURSCHUTZ BERLIN/SUSANNE JERAN

Bucher Schulmanager mit Antje Neumann (3. v. L.) und Umweltsenatorin Manja Schreiner.

Mit dem Schulwald-Projekt hat sie es geschafft, praktischen Naturschutz zu betreiben, der nachhaltig ist und obendrein junge Menschen für das Ökosystem Wald sensibilisiert. Die Mädchen und Jungen der Bucher Schule pflanzen jedes Jahr Feldahorn, Hainbuche und Stieleiche, sie pflegen ihre Bestände und einige von ihnen sind zu Waldmanagern ausgebildet worden. Die jungen Managerinnen und Manager erhalten zwei zusätzliche Wochenstunden Fachunterricht zur Artenerkennung und ökologischen Beziehungen. An den Pflanztagen leiten die ihre Mit-

schüler an, erklären genau, wie und was gepflanzt wird.

Sophia: »Wenn andere Berliner Schulen auch Schulwälder hätten, würde das natürlich schon ein bisschen mehr an der Natur verändern. Aber es ist auch cool, die einzige Berliner Schule zu sein, die so was hat.«

Der Schulwald wird in den Klassen 3 bis 6 in den Naturkunde- und Sachunterricht einbezogen. Besonders die Revierförsterei Buch aber auch der Förderverein der Grundschule unterstützen das Projekt tatkräftig.

Kristiane Spitz

Datum: 12.10.2023	Medium: Berliner Morgenpost Online
Berliner Morgenpost	Autor: Thomas Schubert Thema: Manuela Anders- Granitzki, Denise Bittner

HILFSKAMPAGNE STARTET

Krieg in Israel: Pankows enges Band zur Frontstadt Aschkelon **M+**



12.10.2023, 15:13 | Lesedauer: 6 Minuten

Thomas Schubert

Im israelischen Ashkelon fliegen Raketen – und in der Partnerstadt Berlin-Pankow will man es nicht bei Solidaritätsbekundungen belassen. Flüchtlinge sind willkommen.

Foto: Tsafir Abayov / DPA Images

Schüler, Spenden, starke Worte: Berlins einwohnerstärkster Bezirk Pankow ist gleich mehrfach vom Krieg in Israel betroffen.

Manuela Anders-Granitzki (CDU) betont: „Die Gräueltaten sind durch nichts zu rechtfertigen. Wer das auf den Straßen Berlins auch noch feiert, sollte sich schämen und verstößt ganz klar gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung“, stellt sie klar.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article239786229/israel-krieg-aschkelon-pankow-beziehung-schueler-austausch.html>

Datum: 14.09.2023	Medium: Berliner Woche Online
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Dr. Eva Scharfenberg, Stefan Blauert

Neue und alte Nachbarn kamen ins Gespräch

BUCH: Großes Fest in der Aufnahmeeinrichtung an der Groscurthstraße

von Bernd Wähler

Ein interkulturelles Nachbarschaftsfest veranstaltete der Beirat für Partizipation und Integration beim Bezirksamt Pankow auf dem Gelände der Aufnahmeeinrichtung für Geflüchtete an der Groscurthstraße 29-33.

Diese Einrichtung sollte eigentlich schon längst nicht mehr in Betrieb sein. Mittelfristig ist das Gelände als Schulstandort vorgesehen. Doch 2015 ließ der Senat an diesem Standort eine temporäre Flüchtlingsunterkunft errichten. Sie sollte aufge-

geben werden, wenn die Flüchtlingszahlen wieder zurückgehen. Vorgesehen war 2020. Weil die Zahl der in Berlin ankommenden Geflüchteten Anfang dieses Jahrzehnts aber wieder anstieg, ist sie als Aufnahmeeinrichtung für Geflüchtete wieder in Betrieb genommen worden. Ihr Träger ist die Milaa gGmbH. Derzeit ist die Aufnahmeeinrichtung mit 570 Menschen fast komplett belegt.

Für die Menschen, die vorübergehend in dieser Einrichtung leben, engagieren sich Freiwillige aus Buch und aus benachbarten Ortsteilen. Diese ma-

chen zum Beispiel Sport- und Kulturangebote. Damit aber auch die Nachbarn aus dem Ortsteil die hier lebenden Menschen kennenlernen und mit ihnen ins Gespräch kommen können, hatte der Pankower Beirat für Partizipation und Integration die Idee, ein Nachbarschaftsfest zu organisieren.

„Wir haben mit diesem Fest ein Zeichen für die Vielfalt und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und besonders in Buch gesetzt“, sagt Mohammed El Ouahhabi, der Sprecher des Pankower Beirats für Partizipation und Integration. „Außerdem

nutzten Politikerinnen und Politiker die Möglichkeit, sich mit den Bewohnern der Unterkunft und mit Nachbarn auszutauschen.“ Zu diesen Politikern zählten unter anderem Bürgermeisterin Cordelia Koch (Bündnis 90/Die Grünen) sowie die CDU-Politiker Eva Scharfenberg und Stefan Blauert.

Zahlreiche Kooperationspartner unterstützten die Veranstaltung, unter anderem das Stadtteilzentrum Buch, das BENN-Team Buch, das Projekt Mamis BuKa, das Projekt Sportbunt des LSB Landessportbundes Berlin, Alba Berlin sowie der Prä-



Der Sprecher des Pankower Beirats für Partizipation und Integration, Mohammed El Ouahhabi (Mitte) mit Ulrich Reinbold (3. von links) und Olah Haponova (2. von links) von Alba Berlin. Foto: Bernd Wähler

ventionsbeauftragte des Polizeilabschnitts 14. Unter anderem spendierte Alba Basketball, mit denen Geflüchtete und Bucher sich im Streetball versu-

chen konnten. Und Geflüchtete, die mit Unterstützung des Projektes Sportbunt des LSB die Trainerlizenzen B oder C erworben, boten Fußballtraining an.

Datum: 14.10.2023	Medium: Berliner Woche Online
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Manuela Anders-Granitzki

Junge Bäume wurden stark beschädigt

PRENZLAUER BERG: Schaden von 60 000 Euro

von Bernd Wähler

Insgesamt 19 junge Bäume sind im Anton-Saefkow-Park, in der Diesterwegstraße und auf dem Fröbelplatz durch Unbekannte schwer beschädigt worden.


In der Diesterwegstraße sind acht Bäume, und zwar ein Weißdorn, eine Blumenesche und sechs Amberbäume, betroffen. Im Anton-Saefkow-Park wurden acht Mehlbeer-Bäume und zwei Linden beschädigt. Außerdem wurde das Bezirks-

amt davon in Kenntnis gesetzt, dass ein weiterer, nicht näher bezeichneter Baum auf dem Fröbelplatz beschädigt wurde. Alle diese Jungbäume wurden zwischen 2020 und 2022 gepflanzt. Die Schäden sind von solch einem Ausmaß, dass die Bäume absterben werden. Deshalb müssen sie gefällt werden, informiert das Bezirksamt.

„Ich bin entsetzt über dieses Ausmaß an Zerstörung“, sagt Manuela Anders-Granitzki (CDU), Stadträtin für Ordnung und öffentlichen Raum. „Erst im Mai dieses Jahres hatten wir einen ähnlichen Fall, als am Kollwitzplatz ein neu gepflanzter Baum zerstört wurde.“ Die Fallzahlen von Baumzerstörungen und Baumfrevel nehmen in letzter Zeit in Pankow zu. Anders-Granitzki: „Was Menschen dazu treibt, Bäume im öffentlichen Raum zu töten, ist mir schier unbegreiflich. Es ist nicht nur der materielle Schaden, der sich hier immerhin auf rund 60 000 Euro beläuft, welcher mich wahnsinnig ärgert, sondern auch der damit verbundene Teil an verloren gegangener Lebensqualität in unserem grünen Pankow.“ Die mutwillige Beschädigung der Bäume wurde bei der Polizei angezeigt.



Die Rinde junger Bäume entlang der Diesterwegstraße wurde so beschädigt, dass diese nicht mehr überlebensfähig sind und gefällt werden müssen. Foto: Bernd Wähler

Datum: Oktober 2023	Medium: Bucher Bote
	Autor: Kristiane Spitz Thema: Lars Bocian

 **Bote**

Wissenschaft / Aktuelles

Die Grenzen des Wissens erweitern

Schülerforschungszentrum am Karower Gymnasium gegründet


Am 24. August startete das Projekt »Schülerforschungszentrum (SFZ) am Robert-Havemann-Gymnasium« mit der feierlichen Enthüllung einer Plakette, die nun im Eingangsbereich der Karower Schule hängt. Das Gymnasium ist bereits bekannt für sein naturwissenschaftliches Profil. Jüngst hatten beispielweise Physiklehrer und Schüler Schlagzeilen gemacht, die zum wiederholten Mal einen Flugballon in die Stratosphäre schickten und verschiedene Messdaten erfassten (»BB« *berichtet*). Sehr erfolgreiche »Jugend forscht«-Projekte gibt es hier seit Jahren, die Einrichtung ist Berliner Klimaschule und hat zertifizierte Junior-Energieberater. Es entstand nun die Idee, ein Schülerforschungszentrum am Karower Standort zu etablieren. Im Mittelpunkt sollen die MINT-Fächer (MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) stehen, andere Fachrichtungen werden nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Das Besondere dieses Forschungszentrums für Energie und Umwelt Pankow (SFZ), das sich Ende Mai als Verein gegründet hat, ist, dass das Karower Gymnasium hier seine breit angelegte und erfolgreiche naturwissenschaftliche Arbeit auch Schülerinnen und Schülern anbietet, die nicht die Havemann-Schule besuchen. Prinzipiell kann das Alter der Teilnehmer vom Vorschulalter bis ins Studium reichen. »Dieses Schülerforschungszentrum soll ein Ort des Lernens, der Kreativität, der Neugier und der Abenteuer in der Forschung werden«, erklärte Lehrer und Vereinsvorsitzender Dr. Alexander Stendal.



FOTO: TOBIAS KOCH

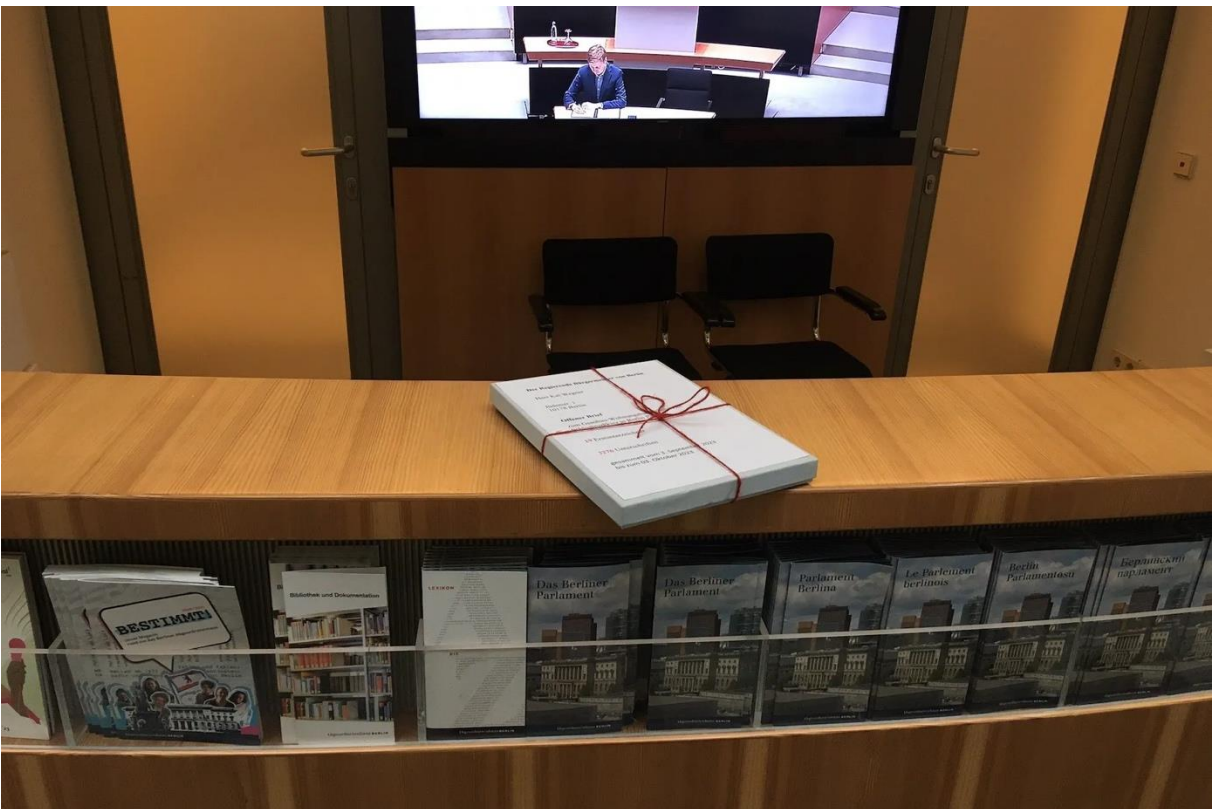
Einweihung der SFZ-Plakette am Gymnasium Karow (v. l.): Vereinsvorsitzender Dr. Alexander Stendal, Schirmherr Johannes Kraft (MdB), Lars Bocian (MdB) und Bezirksstadtrat Jörn Pasternack.

Die Grenzen des Wissens sollen erweitert werden. »In unseren Funktionsräumen und Forschungslaboren und in der Werkstatt bieten wir Jugendlichen und Kindern die Gelegenheit, das Universum der Naturwissenschaften hautnah zu erkunden«. Das Zentrum wolle zudem naturwissenschaftliche Begabungen von Kindern fördern und sie inspirieren. »Ich durfte die Schirmherrschaft für dieses tolle Projekt übernehmen«, erklärte ein sichtlich erfreuter Johannes Kraft, Wahlkreisabgeordneter im Abgeordnetenhaus, bei der Plaketteneinweihung. »Für mich ist es eine Herzensangelegenheit, dieses Projekt fachlich und materiell zu unterstützen.« Das Schülerforschungszentrum wird sich über Spenden- und Preisgelder finanzieren. Momentan arbeitet der Verein an der inhaltlichen Ausgestaltung des Programms – und dann soll es mit der Forschungs- und Lehrtätigkeit losgehen. Mit dem Karower SFZ gibt es nun sechs derartige Einrichtungen in Berlin, in ganz Deutschland sind es 106 Schülerforschungszentren. *Kristiane Spitz*

Datum: 05.10.2023	Medium: Berliner Kurier Online
	Autor: Stefanie Hildebrandt Thema: Lars Bocian

Flüchtlinge in Pankow

Grüne Höfe in Pankow: Kritik an Kampfhunden und Warten auf Kai Wegner



Über 8000 Menschen haben für den Erhalt der grünen Höfe unterschrieben. Im Abgeordnetenhaus will kein zuständiger Politiker die Unterschriften entgegennehmen.

Foto: Berliner Kurier

Die Anwohner des Grünen Kiezes in Pankow wollen im Abgeordnetenhaus 8000 Unterschriften abgeben, ohne Erfolg. Auf den Höfen gehen Männer mit Hunden Wache

„Wieder einmal werden die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger nicht ernst genommen. Selbstverständlich brauchen wir Wohnungen und Flüchtlingsunterkünfte, aber deshalb muss man nicht die Begrünung in Innenhöfen abschaffen“, sagt Gregor Gysi.

Gysi ist einer der prominenten Baumpaten, die sich für den Erhalt des Grüns in den Pankower Innenhöfen an der Ossietzkystraße eingesetzt haben. „Es gibt so viele frei liegende Industrieflächen, und es kommt kaum Industrie zum Besiedeln. Hier könnten die Baumaßnahmen viel eher stattfinden“, kritisiert er die jetzige Eskalation in Pankow.

Denn trotz anhaltender Kritik an dem Vorhaben des Senats und der Gesobau schreiten in den Pankower Innenhöfen an der Ossietzkystraße die Vorbereitungen zum Fällen von über 50 Bäumen weiter voran. Am Morgen ist ein Kran mit Hubwagen angerückt, die Gesobau will fix noch ihren Auflagen zum Umweltschutz nachkommen, bevor eine Entscheidung über einen Eilantrag am Verwaltungsgericht getroffen ist. Diese Entscheidung wird nicht vor nächster Woche fallen, so ein Gerichtssprecher.



Bewohner blockierten die Zufahrt zu ihrem Hof, um eine Baustelleneinrichtung zu verhindern.
Foto: Gerd Engelsmann

Grüner Kiez Pankow: Montag beginnen die Fällungen

Dennoch ist sich Berlins Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe schon heute sicher: Am Montag beginnen die Baumfällungen. Das sagt sie Vetretern der Bürgerinitiative Grüner Kiez Pankow, die an diesem Donnerstag zum Abgeordnetenhaus gekommen sind. Ob sie denn eine bessere Idee hätten, wo die geflüchteten Menschen unterzubringen seien, fragt sie die Pankower. Als ob das deren Aufgabe wäre.

Und als ob die 90 Wohnungen, die in zweieinhalb Jahren fertig sein werden, die jetzige Krise bewältigen helfen würden, bei der Berlin kurz davorsteht, wieder Turnhallen belegen zu müssen. Kiziltepe hatte den Pankower Anwohnern vorgeworfen, sie hätten eine Nimby-Mentalität: Flüchtlinge ja, aber nicht in meinem Hinterhof. Dabei werden die Anwohner nicht müde, für eine maßvollere Bebauung zu werben. Wohnungen im Grünen, in die auch Flüchtlinge ziehen könnten. Auch heute wieder.



Demonstration vor dem Abgeordnetenhaus Berlin. Die Bürgerinitiative Grüner Kiez Pankow kämpft für ein gesundes Wohnumfeld.

Foto: Berliner Kurier

Nach einer Nacht mit Hundegebell und Taschenlampenleuchten der Wachsutzleute in den Pankower Höfen haben sich knapp zwei Dutzend der Anwohner an diesem Donnerstag zur Demo versammelt. Noch stehen die Bäume. Jedem Ankommenden drücken sie vor dem Abgeordnetenhaus Flyer in die Hand und hoffen darauf, dass sie die über 8000 Unterschriften, die sie gesammelt haben, direkt an Berlins Regierenden Bürgermeister Kai Wegner übergeben können.

Ihr Anliegen hier ist bekannt, die Pankower waren schon so oft hier, dass sie die Beamten vor dem prunkvollen Haus mit Namen kennen. Genützt hat es bisher wenig. Man fühle sich wie im falschen Film, sagt eine der Protestierenden hinter dem Absperrgitter. Die zwölf Wachsützer auf den Höfen, die mit ihren Hunden auf dem Gelände unterwegs sind, die Gitterzäune, die Vehemenz, mit der gegen alle Einwände durchregiert wird, macht sie fassungslos.



Der Pankower CDU-Abgeordnete Lars Bocian will sich dafür einsetzen, dass die Pankower ihre Unterschriften an Kai Wegner übergeben können, doch der Regierende lässt sich nicht blicken.
Foto: Berliner Kurier

Bürger und Mieter als lästige Verschiebemasse

Dass die Mieter der Gesobau in ihren vier Wänden nur Verschiebemasse sind, ist ihnen längst klar. Wer sein bald verdichtetes Wohnumfeld nicht mehr mag, kann ja gehen. Frei werdende Wohnungen in den grünen Höfen werden schnell zu einem höheren Mietzins besetzt werden können, der Berliner Wohnungsnot sei dank. Und so bleiben die Mieter in der 50er-Jahre Siedlung und beobachten, was eine von den Protestierenden ein „Sozialexperiment“ nennt.

Sehenden Auges vergrätze man genau die Bürger, die Integration begleiten wollten, sagt sie. „Überall in der Stadt erlahmt ehrenamtliches Engagement“, gibt auch Lars Bocian zu, der Pankower CDU-Abgeordnete, der sich als einer der wenigen Zeit zum Zuhören nimmt. Man werde in vielen Bereichen umdenken müssen, um weiter Herr der Lage zu bleiben.

Helfer am Limit

Neben den Protestierenden vom Pankower Grünen Kiez stehen die Sozialarbeiter, die Frauenschützer, die GEW vor dem Absperrgitter des Abgeordnetenhauses. Auch sie sind frustriert über gekürzte Etats und prekäre Arbeitsverhältnisse. Ein System von Helfern kommt an seine Grenzen, wo es nötiger als zuvor gebraucht wird.

Wo der Staat auf die Unterstützung von Bürgern angewiesen ist, stößt er sie vor den Kopf. Auch Pankows Baustadtrat Cornelius Bechtler übt Kritik am Vorgehen der Gesobau im konkreten Fall: Ich gehe fest davon aus, dass die Gesobau die hier ausstehende Gerichtsentscheidung respektiert und abwartet, sagt Bechtler (Grüne). „Bisher verfügt die Gesobau über eine Baugenehmigung nach dem Sonderbaurecht (§246 BauGB) sowie über eine darauf beruhende Fällgenehmigung.“

Unangemessene Machtdemonstration: Irritation über Kampfhunde bei friedlichem Protest

Angesichts der sehr umfangreich geplanten Baumfällmaßnahmen sei die Errichtung eines Bauzaunes sicherlich notwendig und aus Sicherheitsgründen auch angemessen. Mit großer Irritation habe er jedoch Bilder gesehen, dass der angeforderte Wachschutz Kampfhunde einsetzte, „um die vor Ort lebenden Einwohner:innen einzuschüchtern. Die Demonstrierenden, die zum erheblichen Teil Mieter:innen der Gesobau sind, haben nach allen mir vorliegenden Berichten mit friedlichen Mitteln protestiert“, so Bechtler.

Den Einsatz von Hunden (den Berichten und Bildern nach sogar von sogenannten Kampfhunden) halte er für eine „vollkommen unangemessene Machtdemonstration, die die Situation vor Ort auf gefährliche Weise zu eskalieren droht“. Dazu will sich Bechtler auch an den Vorstand der Gesobau wenden.

Keiner will Unterschriften aus der Petition entgegennehmen



Über 50 geschützte Bäume müssen für eine massive Bebauung in den Höfen weichen.
Foto: Gerd Engelsmann


Die friedlichen Proteste vor Ort in Pankow allerdings macht der CDU-Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus, **Dirk Stettner**, den Anwohnern am Donnerstag zum Vorwurf. Nach langem Warten auf Kai Wegner kommt er statt des Regierenden in der Mittagspause aus dem Plenum. Doch will er die 8000 Unterschriften der Bürger nicht entgegennehmen, weil die Überbringer in der Zufahrt zum Gesobau-Gelände gestanden und protestiert hätten, sodass Baufahrzeuge erst mit Verzögerung auf das Gelände kamen.

Ebenso machte **Stettner** einen Brief geltend, den Unbekannte im Namen der Bürgerinitiative versandten, in diesem werde zu Gewalt gegen Bausenator Christian Gaebler aufgerufen. Längst hatte sich die Bürgerinitiative von dem Schreiben distanziert, ist weder Urheber noch Unterstützer von Aufrufen zur Gewalt. Täter-Opfer-Umkehr nennt man das Vorgehen, wenn Betroffene zu Beschuldigten werden.

Demokratie: Mitsprache nicht erwünscht

Berlins Politik lässt engagierte Menschen, die vier Jahre lang auf Bezirksebene einen Kompromiss erarbeiteten, am ausgestreckten Arm verhungern. Die Pankower nehmen ihre Unterschriften und den Vorschlag zu einer maßvollen Bebauung, den sie mittragen würden, schließlich wieder mit nach Hause in ihre eingezäunten Höfe.

Ein Kompromiss, der Wutbürgern, die das nie sein wollten, das Gefühl gäbe, ihre Stimme zähle, der Wohnungen schaffen würde und Grün erhielte, so ein Kompromiss, der ist politisch nicht gewollt, so ihre Erkenntnis. Pankow ist ein Pilotprojekt, wenn hier nach den Sonderregeln des Senats gebaut wird, dann geht das in jedem anderen grünen, grauen oder braunen Innenhof Berlins auch.

Datum: 07.10.2023	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner  Morgenpost	Autor: Thema: Dirk Stettner

Berliner CDU-Fraktionsvorsitzender: Solidarität mit Israel

07.10.2023, 13:34



Dirk Stettner (CDU), Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus, spricht bei einem Interview.

Foto: Jens Kalaene/dpa


Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus hat mit Blick auf den Großangriff der islamistischen Hamas auf Israel am Samstagmorgen seine Solidarität mit dem jüdischen Staat bekundet. „Wir stehen an der Seite Israels!“, schrieb Dirk Stettner am Samstagmorgen auf der Plattform X (ehemals Twitter).

Berlin (dpa/bb). Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus hat mit Blick auf den Großangriff der islamistischen Hamas auf Israel am Samstagmorgen seine Solidarität mit dem jüdischen Staat bekundet. „Wir stehen an der Seite Israels!“, schrieb **Dirk Stettner** am Samstagmorgen auf der Plattform X (ehemals Twitter).

„Wir fühlen mit den Israelis, die bei uns in Berlin leben und die in diesen Momenten um ihre Liebsten bangen.“ Seine Gedanken seien auch bei den Menschen in Israel, nichts

rechtfertige diesen terroristischen islamistischen Angriff. „Das Selbstverteidigungsrecht Israels steht außer jeder Frage.“

Die islamistische Hamas hat Israel vom Gazastreifen massiv aus der Luft, am Boden und von der See aus angegriffen. Sie wird von der EU, den USA und Israel als Terrororganisation eingestuft.

Datum: 10.10.2023	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner  Morgenpost	Autor: Thomas Schubert Thema: Lars Bocian

STREIT UM 3900 WOHNUNGEN

Riesiges neues Quartier: Elementare Voraussetzung fehlt **M+**



10.10.2023, 12:17 | Lesedauer: 5 Minuten
Thomas Schubert



Heute Lost Place, morgen womöglich ein Zuhause für Tausende Berliner: Die "Alte Schäferei" an der Schöneler Straße in Pankow erstreckt sich über 140 Hektar. Aber ein wichtiges Element steht auf der Kippe.

Foto: Thomas Schubert / Berliner Morgenpost

Nach dem Tram-Debakel beim Zukunftsquartier Alte Schäferei in Berlin-Pankow wird ein weiterer gravierender Mangel bekannt.

„Man sollte davon ausgehen, dass bei der Entwicklung eines Rahmenplans auch der Schulstandort bei der Senatsverwaltung angemeldet wird. Gerade weil der Finanzierungsvorlauf mehrere Jahre beträgt“, sagt Bocian der Morgenpost. In der jetzigen Konzeption können man das Vorhaben nicht beschließen. „Ich denke, dass ohne sicheren Termin für den Baustart des Schulstandortes keine Bebauung der Alten Schäferei in der

derzeitig geplanten Dichte und Massivität stattfinden kann. Auch die fehlende Verkehrsinfrastruktur spricht dafür, das Gebiet nun völlig neu zu betrachten.“

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article239768945/alte-schaeferei-berlin-pankow-stadtquartier-mangel.html>

Datum: 14.10.2023	Medium: Berliner Morgenpost Online
Berliner Morgenpost	Autor: Thomas Schubert Thema: Denise Bittner

EMOTIONALER STREIT

Autos raus: Hier kommt Pankows dritter Kiezblock **M+**



14.10.2023, 12:29 | Lesedauer: 4 Minuten

Thomas Schubert

Nach zwei Pilotprojekten zur Verkehrsberuhigung soll direkt das nächste folgen. Kritiker befürchten Missbrauch als Partyzone.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten,

schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article239799513/Autos-raus-Hier-kommt-Pankows-dritter-Kiezblock.html>

Datum: 14.10.2023	Medium: Berliner Woche Online
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Johannes Kraft

KREUZUNG EINSEHBAR MACHEN

Halteverbot auf der Schützenstraße



Johannes Kraft setzt sich für mehr Übersichtlichkeit im Bereich Schützenstraße/ Triftstraße ein. • Foto: CDU Pankow/Tobias Koch • hochgeladen von Bernd Wähler

Mit geeigneten Maßnahmen sollte es auf der Schützenstraße, die Teil des Schulweges für Kinder ist, noch verkehrssicherer werden.

Aus diesem Grund hat der CDU-Abgeordnete **Johannes Kraft** gemeinsam mit der CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) einen Antrag initiiert. In diesem wird gefordert, im Kreuzungsbereich mit der Triftstraße auf einer Straßenseite ein absolutes Halteverbot anzuordnen. So soll für eine übersichtlichere Abbiegesituation für Autofahrer gesorgt werden.

Das Parken in der Schützenstraße ist trotz des hohen Durchgangsverkehrs auf beiden Seiten der Fahrbahn gestattet, sodass auch der Kreuzungsbereich mit der Triftstraße regelmäßig zugeparkt ist. Durch die daraus resultierende Verengung der Fahrbahn und die eingeschränkte Sicht auf abbiegende Fahrzeuge kommt es aber täglich zu brenzlichen Situationen mit Fußgängern im Einmündungsbereich der Kreuzung.

Durch die Anordnung eines absoluten Halteverbots auf der südwestlichen Seite der Schützenstraße für etwa 20 Meter würde die Kreuzung deutlich einsehbarer und somit das Abbiegen aus der Triftstraße kommend sicherer werden, erläutert Johannes Kraft. Mit diesem Vorschlag werden sich die Verordneten demnächst im Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung in der BVV befassen.

Datum: 16.10.2023	Medium: T-online News
t-online. Nachrichten für Deutschland	Autor: n/a Thema: Johannes Kraft

Die mobile Zukunft der Hauptstadt CDU-Plan: Lufttaxis und Elon Musks Hyperloop für Berlin



Die Berliner CDU will offenbar den Nahverkehr der Hauptstadt langfristig revolutionieren. Die Partei beschäftigt sich mit Lufttaxis und dem "Hyperloop"-Projekt von Tech-Milliardär Elon Musk. Die Zukunft der Berliner Mobilität könnte in der Luft sowie in rohrpostartigen Kapseln liegen. Denn wie der "Berliner Tagesspiegel" berichtet, will die Hauptstadt-CDU die Entwicklung von Flugtaxis und dem Hyperloop-Projekt vorantreiben. Hyperloops sind die von Tesla-Chef [Elon Musk](#) entwickelten Personenkapseln, die durch Röhren Passagiere wie bei einer Rohrpost von einem an den anderen Ort befördern sollen.

Das Blatt beruft sich auf einen Antragsentwurf der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Die Fraktion wolle das Papier in der kommenden Woche beschließen, um die Entwicklung der neuen Personenbeförderungsmittel voranzutreiben.

Demnach geht es der CDU-Fraktion darum, die Förderung und Regulierung von Flugtaxis und Luftmobilitätsdiensten aktiv voranzutreiben. Konkretes Thema sei unter anderem die "Schaffung sicherer Landeplätze in geeigneten urbanen Gebieten", zitiert der "Tagesspiegel" aus dem Antragsentwurf. Eine weitere Überlegung sei es, die neue Form der Personenbeförderung in den

bestehenden öffentlichen Verkehr zu integrieren. Zudem gehe es um die Festlegung von Sicherheitsstandards. Langfristiges Ziel sei die Entlastung des bisherigen Verkehrs in [Berlin](#).

Berliner CDU lotet Einsatz von Lufttaxis und Hyperloop aus

Doch offenbar will die Berlin-CDU die Personenbeförderung in der Hauptstadt zukünftig nicht nur in die Luft verlagern, sondern auch in Hochgeschwindigkeitskapseln. Laut des Antragsentwurfs wollten die Christdemokraten auch den möglichen Einsatz von Hyperloops fördern, so der "Tagesspiegel".

Bei ihren Überlegungen geht es der [CDU](#) offenbar um die Auslotung von langfristigen Zukunftspotenzialen. Kurzfristig würden die neuen Transportmittel in Berlin noch nicht zum Einsatz kommen, sagte [Johannes Kraft](#), der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion in Berlin, dem "Tagesspiegel".

Datum: 17.10.2023	Medium: Süddeutsche Zeitung
Süddeutsche Zeitung Deutschlands große Tageszeitung	Autor: Thema: Dirk Stettner

Migration - Berlin:

Schwarz-Rot will Gesetz zum Tempelhofer Feld ändern

17. Oktober 2023, 10:08 Uhr



Absperrungen aus Beton stehen auf dem Rollfeld auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens

Direkt aus dem dpa-Newskanal

[Berlin](#) (dpa/bb) - Die schwarz-rote Koalition in Berlin will zur Unterbringung von Geflüchteten das Gesetz zum Tempelhofer Feld ändern, das eine Bebauung praktisch verbietet. "Wir müssen jetzt die formalen Voraussetzungen dafür schaffen und das Gesetz ändern, damit Unterkünfte auf weiteren Flächen des Geländes geschaffen werden können", sagte CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** dem "Tagesspiegel" (Dienstag). Geplant ist demnach eine Rechtsgrundlage, um mobile Bauten für Geflüchtete auf dem Areal des ehemaligen Flughafens aufzustellen.

Konkret gehe es um zwei Flächen, die östlich und südlich an das Vorfeld des Flughafengebäudes angrenzen, sagte **Stettner**. Diese umfassten 2,43 und 1,29 Prozent der Fläche des Geländes. "Von einer starken Bebauung des Tempelhofer Feldes kann also keine Rede sein." Wegen der großen Zahl neuer Geflüchteter in Berlin hatte der Senat vor geraumer Zeit beschlossen, die Geflüchtetenunterkünfte in Tegel und Tempelhof zu sehr großen Standorten mit Tausenden Plätzen auszubauen.

Bei einem Volksentscheid 2014 hatte eine Mehrheit der Wähler dafür gestimmt, das Tempelhofer Feld nicht zu bebauen und stattdessen so zu belassen, wie es ist. Das ist auch in einem Gesetz festgelegt. Angesichts der Wohnungsknappheit in Berlin wird aber seit geraumer Zeit darüber diskutiert, ob das noch zeitgemäß ist und ob am Rand des Areals nicht Wohnungen gebaut werden sollten. Das ist aber nicht Gegenstand der nun beabsichtigten Gesetzesänderung.

Datum: 18.10.2023	Medium: Tagesspiegel Online
TAGESSPIEGEL	Autor: Christian Latz Thema: Johannes Kraft



T+ Mehr Zebrastreifen und Mittelinseln Berliner Koalition nimmt Kürzungen bei der Verkehrssicherheit zurück

Die Fraktionen von CDU und SPD stellen mehr Mittel für Zebrastreifen und sichere Kreuzungen bereit. Am Stadtrand soll ein Pilotprojekt mit Taxis den Nahverkehr verbessern.

Von Christian Latz
Heute, 07:14 Uhr

„Die Themen Verkehrssicherheit und barrierefreier Fußverkehr sind uns wichtig. Da ist in den vergangenen Jahren viel zu wenig passiert“, sagte der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Johannes Kraft**. „Es geht uns um die Stärkung der Unfallkommission“, sagte der CDU-Politiker. „Da wo dringender Handlungsbedarf ist, wollen wir jetzt endlich vorankommen.“

„Wo keine gute Erschließung in den Außenbezirken vorhanden ist, wollen wir die Attraktivität durch Kiezbusse und Ruftaxis stärken“ „Wir wollen, dass man mit einem fest definierten Preis ein Taxi rufen kann, das einen zum Bahnhof fährt.“

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/mehr-zebrastreifen-und-mittelinseln-berliner-koalition-nimmt-kurzungen-bei-verkehrssicherheit-zuruck-10640731.html>

Datum: 19.10.2023	Medium: Tagesspiegel Online
TAGESSPIEGEL	Autor: André Görke Thema: Lars Bocian



Berlins riesiges Neubaugebiet Wann kommen die zwei neuen Schulen für Pankow?

3900 Wohnungen im Ortsteil Französisch Buchholz und mittenmang zwei neue Schulen. Die waren jetzt Thema im Berliner Abgeordnetenhaus.

Von André Görke
Heute, 12:22 Uhr

Der Norden von Berlin-Pankow wächst und wächst: „Wie weit ist der Planungsstand für die beiden Schulen auf dem Gelände der **Alten Schäferei in Französisch Buchholz?**“, wollte jetzt **Lars Bocian**, CDU, im Abgeordnetenhaus wissen. Damit meint er die weiten Felder und Äcker an der Schönerlinder Straße, die bis 1990 für **Schaf-, Rinder- und Schweinehaltung** genutzt wurden.

Bis **2036** sollen dort Wohnhäuser hingestellt und um die Gärten der bestehenden Einfamilienhäuschen herumgebaut werden. „Von einem vitalen Quartier mit großzügigen Freiräumen“, schwärmen die Planer in den

vermutlich haben's eh nicht alle Nachbarn sonderlich eilig im grünen Idyll. –
Q: [schriftl. Anfrage](#).

Datum: 19.10.2023	Medium: Berliner Morgenpost Online
Berliner Morgenpost	Autor: Thomas Schubert Thema: Manuela Anders-Granitzki, David Paul

„ZU VIEL GEKLECKER“

Rutsch-Chaos droht: Baum-Plan für bekannten Platz gestoppt **M+**



19.10.2023, 11:52 | Lesedauer: 3 Minuten

Thomas Schubert



Ein ideales Gewächs für den Klimawandel, aber nicht für einen Stadtplatz: Das Bezirksamt Pankow sträubt sich gegen Maulbeerbäume. Wegen des Fallobst-Faktors.

Foto: Gaston Cerliani / Shutterstock/Gaston Cerliani

Ein karger Platz in Pankow soll endlich grün werden. Doch die geplanten Maulbeerbäume sind nun tabu – wegen ihrer Früchte.

„Wir werden einen Flohmarkt etablieren, einen Weihnachtsmarkt und womöglich ein Oktoberfest. Eine Belebung des Hugenottenplatzes durch Veranstaltungen gehört zu unseren Prämissen für das Projekt“, erklärt **Manuela Anders-Granitzki**

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article239836383/Rutsch-Chaos-droht-Baum-Plan-fuer-bekanntem-Platz-gestoppt.htm>

Datum: 19.10.2023	Medium: Tagesspiegel
TAGESSPIEGEL	Autor: Robert Kiesel und Anna Thewalt Thema: Dirk Stettner



Dirk Stettner, CDU-Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus. © dpa/Jens Kalaene

CDU-Fraktionschef Dirk Stettner erinnerte an die Gräueltaten, die die Menschen in Israel bei dem Angriff der Hamas erleben mussten. So viel blinder Hass, so viel Unmenschlichkeit seien unerträglich. **„Dieses Tun widert mich an, dafür gibt es keinerlei Rechtfertigung.“** Der Barbarei müsse man sich „entschlossen und konsequent“ entgegenstellen. Er könne sich in keiner Weise erklären, warum Menschen in Berlin das Morden feiern könnten. „Solche Organisationen wie Samidoun werden verboten“, stellte er klar.

Blick auf die muslimische Bevölkerung in Berlin, sagte **Stettner**, die meisten lebten friedlich in Berlin. Es sei nur eine kleine Minderheit, die die Taten der Hamas gutheiße. Aber jeder Einzelne sei „einer zu viel“. Man werde nicht akzeptieren, dass aus Berliner Straßen Morde mit gefeiert und das Existenzrecht Israels infrage gestellt werde. Gewalt und Diskriminierung werde man überall bekämpfen, und zwar mit Berlinerinnen und Berlinern allen Glaubens.

Datum: 20.10.2023	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Manuela Anders-Granitzki

Barrierefrei von der Berliner Allee

WEISSENSEE: Die ersten Erneuerungen im Park am Weißen See beginnen

von Bernd Wähler

Mit einem symbolischen ersten Spatenstich gab Manuela Anders-Granitzki (CDU), Stadträtin für Ordnung und öffentlichen Raum, vor wenigen Tagen den Startschuss für die nachhaltige Instandsetzung des Parks am Weißen See.

Der Park geriet immer wieder in die Schlagzeilen. Im Sommer ist er übermüdet, was zu Schäden auf den Grünflächen führt. Viele lassen achtlos ihren Müll liegen. Es gibt Randalierer und Polizeieinsätze. Wildbänder sorgen dafür, dass das Ufer des Sees leidet. Und im Laufe der Zeit wurden immer mehr Defizite festgestellt, wie fehlende Barrierefreiheit und ein sich verschlechternder Zustand der Wege. Deshalb entschloss sich das Bezirksamt bereits vor einigen Jahren, eine grundlegende Erneuerung des Parks anzugehen.

Bis 2025 sind nun insgesamt elf Einzelmaßnahmen geplant. Dazu gehören Schutzmaßnahmen an der Uferböschung, die Sanierung der Parkwege und eine energieeffiziente und insektenschonende Erneuerung der Parkbeleuchtung. Ein wichtiges Anliegen des Bezirksamtes ist es, verschiedene Nutzungsmöglichkeiten und Interessen der Anwohner bei der Neugestaltung zu berücksichtigen. Deshalb findet bis Ende 2025 ein mehrstufiges Beteiligungsverfahren statt. Mehr dazu ist auf <https://mein.berlin.de/projekte/parkweissensee> zu erfahren. Auf die Ergebnisse dieser Bürgerbeteiligung aufbauend, werden von den Planern die nötigen Bauunterlagen angefertigt. Diese werden dann von sogenannten Fördermittelgebern ge-



Stadträtin Manuela Anders-Granitzki erläutert an einer Tafel, welche elf Maßnahmen im Park am Weißen See bis Ende 2025 umgesetzt werden.



Parknutzer und Rollstuhlfahrer Henning Seibt testet auf der Musterfläche mit Bauleiter Roland Kölm, welcher Belag aus seiner Sicht für Rollstuhlfahrer am besten geeignet ist. Foto: Bernd Wähler

prüft. Stimmen diese den Planungen zu, kann im zweiten Quartal 2024 mit der Umsetzung begonnen werden.


„Ich bin sehr froh, dass es uns gelungen ist, über 1,980 Millionen Euro Fördermittel des Bundes für die nachhaltige und klimagerechte Sanierung des Parks einzuwerben“, sagt Manuela Anders-Granitzki. Zu-

sammen mit den bezirklichen Investitionsmitteln in Höhe von 1,715 Millionen Euro und den bestätigten Zuschüssen des Landes Berlin in Höhe von 1,560 Millionen Euro aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR stehen für das Bauvorhaben am Weißen See insgesamt 5,255 Millionen Euro zur Verfügung.

Als erstes wird nun einer der wichtigen Parkzugänge von der Berliner Allee aus neu gestaltet. Er befindet sich direkt an der Bus- und Tramhaltestelle, neben dem öffentlichen WC und in der Nähe des Blindenwohnwerks. Seit Jahren war dieser Parkzugang in einem maroden Zustand. Die Treppen waren brüchig und der Gehweg an einigen Stellen stark beschädigt. Die Neugestaltung dieses Parkzugangs soll noch in diesem Jahr abgeschlossen werden.

Nächste Parkwerkstatt am 11. November

Unmittelbar neben der Baustelle am Parkzugang befindet sich außerdem eine Test- und Musterfläche, auf der sich Interessierte unterschiedliche Beläge für die Gestaltung von Wegen ansehen können. Wenn die Bürgerbeteiligung zum Beispiel ergibt, dass im Park das bisher nicht zulässige Radfahren künftig erlaubt werden sollte, ist unter anderem auch angedacht, Fußwege und Radwege mit farblich unterschiedlichen Belägen auszustatten. Die jetzt testweise aufgetragenen Belag-Testflächen unterscheiden sich nicht nur in der Färbung, sondern auch vom Material her. Welche Beläge verwendet werden, können Bürger anhand dieser Muster mitentscheiden. Zudem dienen die Musterflächen als Test dafür, wie sich der Zustand der Beläge in den kommenden Monaten verändert. Mehr zum Thema Wegebelag ist auch bei den öffentlichen Parkwerkstätten zu erfahren, von denen mehrere geplant sind. Die nächste findet am 11. November von 12 bis 17 Uhr im Kulturzentrum „Peter Edel“ an der Berliner Allee 125, statt.

Datum: 20.10.2023	Medium: taz
	Autor: Stefani Alberti Thema: Dirk Stettner

Flüchtlingsunterbringung in Berlin

Nur eine absolute Notlösung

Das Problem ist nicht, einen minimalen Anteil des geschützten Tempelhofer Feldes für Unterkünfte zu nutzen. Das Problem ist die Ballung von Menschen.



Schon jetzt stehen als Folge einer ersten Änderung des Schutzgesetzes Flüchtlingscontainer am Feld

Foto: dpa

3,72 Prozent des Tempelhofer Felds. Ein Fünfundzwanzigstel also. So groß – oder: so klein – ist jener Anteil am geschützten Tempelhofer Exflugfeld, auf dem künftig Unterkünfte für Flüchtlinge stehen könnten. In eineinhalb Wochen will der Senat erneut darüber beraten und – so jedenfalls der Plan – den Entwurf einer entsprechenden Gesetzesänderung beschließen, nachdem das diesen Dienstag nicht klappte.

Ob die Änderung tatsächlich kommt, liegt zwar noch am Abgeordnetenhaus, das sich ab Mitte November damit befassen soll. Dort wird aber vor allem CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** auf einen schnellen Beschluss durch die schwarz-rote Koalition drängen. Er forderte schon Anfang Juni als Erster der führenden Politiker, das Tempelhofer Feld für Flüchtlinge zu nutzen.

Nun könnte man unterstellen, dass da im Hinterkopf auch der Wunsch bei CDU und Teilen der SPD mitspielt, den Rand des Feldes grundsätzlich zu bebauen: Wenn sich in der Öffentlichkeit erst mal festsetzt, dass Feld nicht bloß für Freizeit steht, könnte das die Stimmungslage beeinflussen.

Schließlich, das sagen die Koalitionäre ja immer wieder zu, soll es eine 2014 noch an einem Volksentscheid gescheiterte Randbebauung nur nach einer erneuten Abstimmung geben. Wie die allerdings aussehen soll, wenn es kein klassischer Volksentscheid als Ende eines Volksbegehrens sein soll, ist dabei offen.

Das allerdings hieße, die Flüchtlinge für dieses Ziel zu instrumentalisieren – und darum stimmen hoffentlich die Beteuerungen bei CDU und SPD, dass solche Vorwürfe jeglicher Grundlage entbehren.

BUND ist unter Bedingungen einverstanden

3,72 Prozent des Felds für die Unterbringung von Flüchtlingen zu nutzen und das nur auf eine begrenzte Zeit, ist praktisch kein Problem: Es schränkt weder Skater, noch Radfahrer noch sonstige Feldnutzer ein. Und selbst der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hält die Nutzung von versiegelten Flächen auf dem Tempelhofer Feld südlich und östlich des Vorfeldes für akzeptabel. Voraussetzung ist allerdings laut BUND: „Es darf sich nur um mobile Bauten handeln, die der kurzfristigen Unterbringung von Zufluchtsuchenden dienen.“ Außerdem müsse gelten: „Diese Nutzung darf nur befristet sein.“

Das wirkliche Problem der Feldnutzung ist ein ganz anderes: Es konzentriert noch mehr Flüchtlinge an einem großen Standort, so wie auch am anderen Exflughafen in Tegel. CDU-Fraktionschef **Stettner** sieht das selbst auch so. „Massenunterkünfte sind die schlechteste Lösung – abgesehen von keiner Lösung“, sagte er schon im Juni.

Eine andere Lösung gibt es aber aus seiner Sicht nicht. Die könnte sowieso nur aus alternativen, kleineren Standorten für Unterkünfte bestehen. Denn freie Wohnungen

sind nicht vorhanden, und alle landeseigenen Flüchtlingsunterkünfte voll. Und bis Jahresende erwartet der Senat bis zu 10.000 weitere Flüchtlinge. Schon im Sommer sagte Grünen-Fraktionschefin Bettina Jarasch zu **Stettners** Vorstoß, Flüchtlinge auf dem Feld unterzubringen: „Es gibt überall im Stadtgebiet genug bereits versiegelte Flächen, auf denen rasch Leichtbauhallen errichtet werden können.“ Sie erwarte mehr Ambition und Anstrengung der neuen Task Force bei der Unterbringung.

Die Suche nach Alternativen muss weiter gehen

Ihre Erwartungen waren und sind berechtigt: Großunterkünfte dürfen nur die letzte Möglichkeit sein. Sie sorgen für all die Probleme im Zusammenleben einander fremder Menschen, die jede solche Anballung mit sich bringt – Probleme, die der Senat dann wieder lösen müsste. Es ist anzunehmen, dass sich keine Landesregierung jedwelcher Couleur solche Probleme freiwillig aufbürdet. Darum liegt es nahe, dass der Senat allzu gern kleinere Flächen nutzen würde.

Wenn es aber diese von Jarasch beschriebenen Grundstücke in ausreichender Zahl gäbe, hätte doch eine Fraktion, Initiative oder Partei schon längst jede Liste damit vorgelegt. Die Wahrheit dürfte sein, dass die wenigsten laut „Hier!“ rufen, wenn sie in ihrer direkten Nachbarschaft eine solche geeignete Fläche erkennen. Das Not-in-my-backyard-Prinzip gilt eben nicht nur bei klassischer Wohnbebauung.

Am zeitweisen Ausbau von großen Flüchtlingsunterkünften zu noch größeren scheint deshalb derzeit kein Weg vorbei zu führen. „Wenn ich jetzt nicht auf Großunterkünfte setze, schicke ich die Menschen unter die Brücke“, hat Regierungschef Kai Wegner (CDU) vor kurzem in einem Gespräch mit Journalisten gesagt. Auch wenn das sprachlich sehr zugespitzt war, dürfte er damit recht haben.

Eines aber darf nicht passieren: Dass durch die Entscheidung pro Änderung [des Schutzgesetzes fürs Tempelhofer Feld](#) nun sämtliche Versuche erlahmen, die Flüchtlinge anderswo und weit weniger geballt unterzubringen. Oberste Devise muss jetzt sein: Versorgen und weiter nach Alternativen suchen.

Datum: 20.10.2023	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Johannes Kraft

Für Halteverbot im Kreuzungsbereich

FRANZÖSISCH BUCHHOLZ.

Mit geeigneten Maßnahmen sollte es auf der Schützenstraße, die Teil des Schulwegs ist, verkehrssicherer werden. Aus diesem Grund hat der CDU-Abgeordnete Johannes Kraft gemeinsam mit der CDU-Fraktion in der BVV einen Antrag initiiert. Darin wird gefordert, im Kreuzungsbereich mit der Triftstraße auf einer Seite ein absolutes Halteverbot anzuordnen. So soll für eine übersichtlichere Abbiegesituation gesorgt werden. Das Parken in der Schützenstraße ist trotz des hohen Durchgangsverkehrs auf beiden Seiten gestattet, sodass auch der Kreuzungsbereich mit der Triftstraße regelmäßig zugeparkt ist. Durch die daraus resultierende Verengung der Fahrbahn und die eingeschränkte Sicht auf abbiegende Fahrzeuge kommt es zu brenzligen Situationen mit Fußgängern im Einmündungsbereich der Kreuzung. Durch die Anordnung eines absoluten Halteverbots auf der südwestlichen Seite der Schützenstraße für etwa 20 Meter würde die Kreuzung deutlich einsehbarer und somit das Abbiegen aus der Triftstraße kommand sicherer werden, erläutert Kraft. Mit dem Vorschlag wird sich der Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung befassen. **BW**

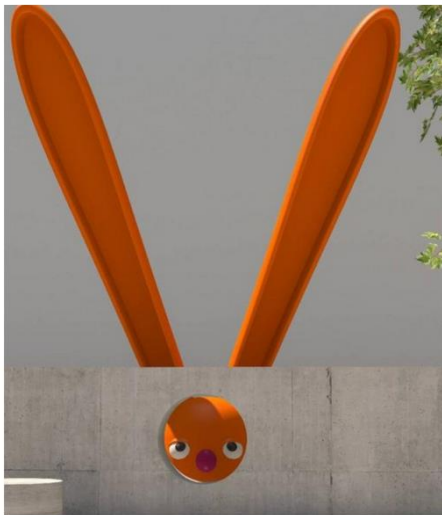
Datum: 21.10.2023	Medium: Berliner Morgenpost Online
Berliner Morgenpost	Autor: Thomas Schubert Thema: Jörn Pasternack, David Paul

Pankows Schulen zerfallen – dafür sprudelt Geld für Kunst **M+**



Aktualisiert: 21.10.2023, 06:00 | Lesedauer: 6 Minuten

Thomas Schubert



Ist das Kunst oder kann das weg? Riesenhasen für 180.000 Euro sind nur ein Beispiel für die Kreativität beim Neubau von Pankower Schulen. Derweil fallen andernorts morsche Fenster aus den Angeln.



Foto: Thomas Schubert / Bezirksamt Pankow / Berliner Morgenpost

„Das ist unser Vorschlag, wie man in Zeiten von Sparhaushalten Geld für wichtige Pflichtaufgaben gewinnen kann“, erklärt der **CDU-Verordnente David Paul**


„Es ist nicht verständlich, dass von knappen Mitteln noch Kunst am Bau mitfinanziert werden muss, obgleich diese monetären Mittel in der derzeitigen Zeit für weitaus wichtigere Vorhaben genutzt werden können – im Sinne der Schüler Pankows und für den volkswirtschaftlichen Erfolg Pankows, Berlins und Deutschlands“, heißt es im CDU-Antrag.

Pankows **Bildungsstadtrat Jörn Pasternack** hält andere Prioritäten für wichtiger und betont: „Ich kann aus den Erkenntnissen der enormen Baukostensteigerung feststellen, dass es immer schwieriger wird, bauliche Maßnahmen zu finanzieren. Dies ist notwendig, um dringend benötigte Gebäude, vor allem Schulen, instand zu halten oder zu errichten.“

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article239849385/Pankows-Schulen-zerfallen-dafuer-sprudelt-Geld-fuer-Kunst.html>

Datum: 21.10.2023	Medium: rbb
	Autor: Franziska Hoppen Thema: Dirk Stettner

Flüchtlingspolitik

Berliner Sozialsenatorin Kiziltepe unter Druck

Sa 21.10.23 | 08:30 Uhr

 47

Audio: rbb24 Inforadio | 20.10.2023 | Franziska Hoppen | Bild: dpa/Hannes P Albert

Kein Senatsmitglied steht derzeit so unter Strom wie Integrationsssenatorin Kiziltepe: Berlin muss mehr Geflüchtete unterbringen als es Platz gibt, während die Skepsis in der Bevölkerung wächst. Nun kommt Druck aus der Koalition dazu. *Von Franziska Hoppen*

Für Integrationsssenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) waren die ersten Monate im neuen Amt nicht leicht. 11.750 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine suchten in diesem Jahr schon Schutz in Berlin, dazu 12.300 Asylsuchende – mehr Menschen als es zwischenzeitlich Platz gab. Obendrauf kommt Streit über die Verteilung und Versorgung auf EU- und Bundesebene, während deutschlandweit die Skepsis gegenüber Zuwanderung steigt.

Und jetzt zeigt der [BerlinTrend](#) im Auftrag der rbb24 Abendschau und der Berliner Morgenpost: 75 Prozent der befragten Berlinerinnen und Berliner sind unzufrieden mit der

Flüchtlingspolitik des Senats. Fast 70 Prozent glauben, dass Integration nicht gelingt. Der Druck auf die Senatorin steigt. Auch aus der eigenen Koalition.

Der fertige Gesetzentwurf sollte sogar schon am Dienstag vom Senat beschlossen werden, hieß es aus CDU-Kreisen. Doch Kiziltepe wolle nicht mitgehen. Diese glättete später die Wogen und stellte klar: Der Gesetzestext sei lediglich zu kurzfristig eingereicht worden und habe erst geprüft werden müssen. Sie sei zuversichtlich, dass der Senat sich bald einige.

Kritik von Opposition

Auf das Aneinander-vorbei-Reden angesprochen, betonen Kiziltepe und Stettner nach außen Einigkeit: "Der gesamte Senat setzt auf bestmögliche Integration", zeigt sich der CDU-Fraktionsvorsitzende überzeugt. Nur gebe es eben gerade keinen Platz. "Wir machen pragmatische Politik", sagt auch Kiziltepe.

Die Opposition hingegen sieht einen Koalitions-Fauxpas: "Beim Tempelhofer Feld führen sich Koalitionäre gegenseitig in der Öffentlichkeit vor", sagt Jian Omar, Sprecher für Migration der Grünen-Fraktion. "Das ist keine gute Grundlage für eine solide und nachhaltige Asylpolitik".

Der wiederum betonte jüngst nach einer Sitzung des Senats: "Mir ist nicht bekannt, dass etwas bei der Senatskanzlei angesiedelt werden soll. Wir haben die Lage unter Kontrolle. Ich sehe keine Notwendigkeit." Abgesprochen klang das nicht. Und dann stichelte Wegner: "Wir können jetzt über Jahre Strukturdebatten führen, aber es geht doch darum, dass wir den Menschen ein Dach über dem Kopf anbieten."

Standort Tegel möglicherweise Lackmustest

Bislang halten beide Koalitionspartner an ihrer Vision fest: "Für eine Mini-Stadtverwaltung ist da kein Bedarf", sagt Stettner. "Wir werden das im Senat besprechen", sagt Kiziltepe. Das letzte Wort ist also noch nicht gesprochen.

Dass aus der einst als Ankunftszenrum gedachten Unterkunft ein Zuhause für Tausende Menschen geworden ist, die länger und enger zusammenleben müssen als geplant, ist beiden Parteien ein Dorn im Auge. Beide sehen Großunterkünfte als notwendiges Mittel zum Zweck. In Zukunft könnte der wachsende Standort Tegel aber zum Lackmustest werden, wie Berlin mit dieser

neuen Realität umgehen will. Manche treibt die Sorge um, Tegel könnte - als Kleinstadt - zur permanenten Großunterkunft und neuem Standard werden.

Nun fragt sich die Senatorin, wie die Reform praktisch umgesetzt werden soll. "Sachleistungen wurden schon damals nicht zu Unrecht abgeschafft", so Kiziltepe. "Das ist enormer Verwaltungsaufwand, sämtliche Verträge müssen mit Einzelhändlern abgeschlossen werden. Das hat damals nicht funktioniert und wird auch heute nicht funktionieren." Am Ende werde der Bund für eine einheitliche Lösung zuständig sein. Dafür hatte sich auch Kai Wegner ausgesprochen.

Abschiebestopp


Das Hin und Her zeigt sich auch beim Thema Abschiebungen. Im Koalitionsvertrag haben sich SPD und CDU geeinigt, im Winter auf Abschiebungen zu verzichten, wenn Witterungsverhältnisse dies gebieten. Für einen solchen Winterabschiebestopp hatte sich auch Senatorin Kiziltepe zuletzt noch einmal ausgesprochen. Der Regierende hingegen hatte in einem Interview gesagt, man müsse diskutieren, ob angesichts der hohen Zahlen Geflüchteter und fehlender Unterkünfte eine solche Maßnahme aufrechterhalten werden könne.

Oppositionspolitiker Jian Omar von den Grünen sieht die Uneinigkeit kritisch: "Es zeigt sich, dass diese Koalition eine Zweckkoalition ist. Es gibt Konfliktlinien, die nicht gelöst werden, auch wenn im Koalitionsvertrag Vereinbarungen getroffen sind."

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten

Und dann rutsche dem Regierenden auch noch bei einer Pressekonferenz heraus, dass das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten – ebenfalls in der Verantwortung der Sozialverwaltung – "sehr zeitnah" eine neue Führung bekommen werde. Aktuell übt diese kommissarisch Staatssekretär Aziz Bozkurt (SPD) aus. "Das war unglücklich", so Sozialsenatorin Kiziltepe. "Wir hätten die Gremien gerne selbst informiert. Aber das kriegen wir auch hin."

Insgesamt gibt sich Kiziltepe unbeeindruckt nach außen. Hinter den Kulissen ist jedoch sowohl auf Seiten der CDU als auch der SPD zu hören, die jeweilig andere Partei sei nicht pragmatisch genug. Der Fraktionsvorsitzende der CDU aber betont: alles normal. "Dass wir sachlich streiten um den besten Weg, dass es intern auch mal laut wird und in der Sache hart ist, das gehört zum Regieren dazu. Ist halt kein Wünsch-dir-was", so Stettner. "Am Ende stehen wir geschlossen und setzen das um".

Datum: 23.10.2023	Medium: Berliner Morgenpost, Berliner Morgenpost Online
Berliner  Morgenpost	Autor: Thomas Schubert Thema: Lars Bocian

TEURE ENTSORGUNG

Neuer Kosten-Schock: Berlin ertrinkt in illegalem Müll **M+**



23.10.2023, 16:14 | Lesedauer: 6 Minuten

Thomas Schubert



Berlin steuert bei der Entsorgung von illegalem Müll auf ein trauriges Rekordjahr zu. Schon bis zum Herbst war das Reinemachen durch die BSR so teuer wie im gesamten letzten Jahr.

Foto: Maurizio Gambarini / FUNKE Foto Services

Berlins Bezirke und die BSR kämpfen mit einem viel zu hohen Müllaufkommen. Das sind die Hotspots und so viel kostet das Säubern.

„Stark gestiegenen Entsorgungskosten befeuern die illegale Müllentsorgung. Die Bezirke und die BSR müssen dann den illegal

abgelegten Müll teurer entsorgen. Ein schlimmer Trend, der aufgehalten werden muss“, meint **Bocian**.

„Die diesjährigen Kosten für die Beseitigung des illegal abgelagerten Mülls sind alarmierend und übersteigen schon im September die Gesamtkosten des letzten Jahres. Mit diesem Geld könnte man jedes Jahr schätzungsweise zehn Schulhöfe sanieren“, macht **Bocian** einen Vergleich.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/berlin/article239868921/Neuer-Kosten-Schock-Berlin-ertrinkt-in-illegalem-Muell.html>

Datum: 24.10.2023	Medium: Berliner Morgenpost Online
Berliner Morgenpost	Autor: Thomas Schubert Thema: Johannes Kraft

77-MILLIONEN-PROJEKT

Radschnellweg am Gartenzaun - Pankower fürchten Enteignung **M+**



Aktualisiert: 24.10.2023, 16:00 | Lesedauer: 3 Minuten

Thomas Schubert



Radschnellweg quer durch die Siedlung. In Pankow könnte es zu einer Lösung kommen, wie hier in Bochum. Eine Unterschriftensammlung soll jetzige Pläne für den Panke-Trail stoppen. **Foto:** Bastian Haumann / FUNKE Foto Services

Berlin will seinen teuersten Radschnellweg durch Privatgelände in Pankow rammen. Nun wehren sich Anwohner mit einer Kampagne.

Johannes Kraft, MdA: „Die aktuellen Planungen des Panke-Trails wären nur durch unverhältnismäßige Eingriffe in Privatgrundstücke sowie zulasten der allgemeinen Verkehrssicherheit umsetzbar“

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article239875759/Radschnellweg-am-Gartenzaun-Pankower-fuerchten-Enteignung.html>

Datum: 26.10.2023	Medium: Tagesspiegel Newsletter Pankow
TAGESSPIEGEL	Autor: Christian Hönicke Thema: Manuela Anders-Granitzki, Jörn Pasternack

Geldautomaten auf Gehwegen – damit könnte es in Berlin bald vorbei sein. Zumindest der einwohnerstärkste Bezirk der Hauptstadt will künftig flächendeckend gegen die aus seiner Sicht unerlaubte Nutzung des öffentlichen Raums vorgehen. Das bestätigte das Bezirksamt Pankow auf Tagesspiegel-Nachfrage.

Es handelt sich um kleine, meist gelbe Geldautomaten, die seit einigen Jahren in Berlin und vielen anderen deutschen Städten verteilt stehen, nicht selten eingeklemmt zwischen Häuserfronten und Eingangstüren.

Betrieben werden die Geräte in der Regel nicht von den großen deutschen Geldinstituten, sondern von privaten Anbietern. Sie verteilen bundesweit ihre Automaten in Stadtgebieten und verdienen an den vergleichsweise hohen Abhebegebühren.

Das Pankower Straßen- und Grünflächenamt (SGA) war gegen einen der Anbieter vorgegangen, der einen Geldautomaten auf einem Gehweg in Prenzlauer Berg installiert hatte. Pankow verlangte den Abbau – dagegen wiederum klagte der Anbieter. Das Berliner Verwaltungsgericht hatte dem Bezirk Ende August erstinstanzlich recht gegeben.

Der Anbieter habe keine Sondernutzungserlaubnis des Bezirks gehabt, befand das Gericht. Dies sei für das Aufstellen von Geldautomaten aber erforderlich, weil die öffentliche Straße dabei „zu kommerziellen, verkehrsfremden Zwecken“ genutzt werde, die nicht durch den Gemeingebrauch gedeckt würden.

Nach Angaben des Bezirksamts ist das Urteil noch nicht rechtskräftig, weil der Anbieter dagegen in Berufung gegangen ist. Über die Zulassung muss das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg entscheiden. „Das kann einen langen

Zeitraum in Anspruch nehmen“, teilte die zuständige Bezirksstadträtin **Manuela Granitzki (CDU)** mit. Eine lange Wartezeit auf ein rechtskräftiges Urteil sei „bedauerlich, da sich diese Automaten seit 2018 aus Sicht des Bezirksamtes unerlaubt auf der Straße befinden“.

Anders-Granitzki kündigte jedoch bereits an, im Falle eines juristischen Erfolgs im umstrittenen Einzelfall auch alle anderen Automaten auf Pankower Gehwegen abbauen zu lassen. „Wenn die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin rechtskräftig werden würde, würden wir selbstverständlich entsprechende Schritte einleiten, damit diese Automaten entfernt werden“, erklärte sie.

Sollte die Unrechtmäßigkeit der Gehweg-Geldautomaten im Pankower Präzedenzfall gerichtsfest bestätigt werden, müssten auch die restlichen Berliner Bezirke tätig werden. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass auch die Ämter etwa in Mitte, Kreuzberg oder Charlottenburg dann den flächendeckenden Abbau anordnen würden. **Verschont werden sollen lediglich Automaten**, die sich eindeutig und vollständig auf Privatflächen befinden, sagte Anders-Granitzki. Etwa solche, die „innerhalb von Hauseingängen oder an/in Gewerbeeinheiten“ von Wohn- und Geschäftshäusern stehen. Dort greife das Berliner Straßengesetz nicht, damit seien dem Straßen- und Grünflächenamt die Hände gebunden. – Foto: Imago/**Priller & Maug**

Neuer Rasen, Ärger um Rauch und Geruch: Grillverbot im Mauerpark kommt – für immer? Ein Markenzeichen des Mauerparks waren bisher weithin sichtbare Rauchschwaden. Er war einer der wenigen Orte in der Berliner Innenstadt, an denen das Grillen offiziell erlaubt war. Damit ist es nun bald vorbei – womöglich für immer. Denn im Zuge der Renovierung des Parks erlässt die landeseigene Grün Berlin GmbH zunächst ab Ende Oktober ein temporäres Grillverbot für die Zeit der Bauarbeiten.

Und das Bezirksamt Pankow erwägt, das Grillen im Park dauerhaft zu verbieten. Eine Zusage, dass es nach der Parksanierung wieder erlaubt wird, gab das Bezirksamt auf Nachfrage explizit nicht. Diese Frage könne „zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschließend beantwortet“ werden, teilte die zuständige Stadträtin **Manuela Anders-Granitzki (CDU)** mit.

Nach der Erweiterung des Mauerparks um eine neue Fläche im Westen sollen nun der alte „Bestandspark“ sowie der angrenzende Falkplatz aufgehübscht werden. Für 16 Millionen Euro plant die Grün Berlin unter anderem die Pflanzung von 50 Bäumen und die Installation einer Bewässerungsanlage. Im zweiten Bauabschnitt sollen bis zum Frühjahr 2025 der Bereich um den Regenbogenspielplatz sowie der Gehweg an der Schwedter Straße saniert werden.

Eine zentrale Maßnahme ist dabei die Verlegung von Rollrasen bis Ende Mai 2024. Bisher gleicht das östliche Rasenplateau durch die intensive Nutzung meist einer Steppe, künftig soll es so saftig grün aussehen wie der Rollrasen nebenan im neuen Parkteil. „Während der Sanierung des Rasenplateaus, ab Oktober 2023 bis voraussichtlich zum zweiten Quartal 2024, wird das Grillen im Mauerpark nicht möglich sein“, teilt die Grün Berlin mit.

Und dabei könnte es dauerhaft bleiben, bestätigt das Pankower Bezirksamt. Derzeit werde evaluiert, „ob die bisherigen Regelungen gegebenenfalls angepasst werden sollten“, sagt Anders-Granitzki. „Dabei wird auch das Thema Grillen berücksichtigt.“

Die Stadträtin verweist darauf, dass die aktuelle Nutzung und Belastung der bisherigen Grillfläche „zu hoch“ sei. „Die Rasenfläche hat nachhaltig Schäden erlitten, die nur durch eine grundhafte Sanierung der Vegetationsflächen wieder instand gesetzt werden kann.“ Auch die Anwohnerbeschwerden über Ruhestörung, schlechte Luftqualität und Geruch seien „massiv angestiegen“.

Laut Anders-Granitzki geht es nun für den Bezirk darum, „die verschiedenen berechtigten Interessen gegeneinander abzuwägen und eine Lösung zu finden, die möglichst viele Bedürfnisse der Nutzenden und Anwohner erfüllt“. Ein permanentes Grillverbot ist dabei nach Aussage der Stadträtin möglich.

Der Verein „Freunde des Mauerparks“ kritisiert diese Entwicklung scharf. „So einfach darf sich das die Verwaltung nicht machen“, sagt der Vereinsvorsitzende **Alexander Puell**. „Das Barbecue im Mauerpark ist eine Berliner Spezialität, das Grillen ist ein wichtiger Kristallisationspunkt diverser Kulturen im Mauerpark.“

Puell befürchtet, dass durch die Sanierung der bunte Charakter des Mauerparks leidet. Der Planung lägen „bürgerliche Vorstellungen aus den Neunzigern“ zugrunde. „Rollrasen und Mauerpark – das klingt wie ein Schildbürgerstreich“, kritisiert Puell

Er räumt ein, dass die etablierten Nutzungen wie Grillen und Musizieren „nicht immer konfliktfrei“ seien und es dadurch häufig zu Anwohnerbeschwerden komme. Seiner Meinung nach hätten feste Grillplätze und stationäre „Acoustic Shells“ zum Lärmschutz dies auflösen können. „Doch es wird nichts unternommen, die Konflikte baulich und damit langfristig zu lösen“, so Puell.

Stattdessen solle nun offenbar alles versucht werden, um den teuren neuen Rollrasen zu schützen. Puell befürchtet, dass dieser entweder nicht lange halten wird – oder die etablierten Nutzungen auf der Wiese durch Verbote unmöglich gemacht werden. „Partys und Barbecue im Mauerpark – das wird es nur noch in den Erzählungen geben und der Mauerpark wird zum langweiligen Stadtpark.“ / Foto: dpa/Fabian Sommer

Neues Portal soll Transparenz über Nutzung von Pankows Sportplätzen und Turnhallen bringen. Pankow leidet seit langem unter akuter Sportplatznot. Fast alle Plätze und Hallen sind hoffnungslos übernutzt – sollte man meinen. Tatsächlich aber weiß niemand so richtig, ob tatsächlich alle verfügbaren Kapazitäten genutzt werden oder etwa Turnhallen zur besten Zeit leer stehen. Das Vergabesystem ist nicht nur in Berlins einwohnerstärkstem Bezirk für Sportliebhaber und Verein komplett intransparent. **Daran soll sich ab Anfang 2024 etwas ändern.** Das Bezirksamt hat angekündigt, in Kürze ein System aufzusetzen, dass die Belegung der Sportplätze und Hallenzeiten online für jedermann sichtbar macht. Das erfuhr der Bezirksverordnete **Thomas Enge** (FDP) auf seine Kleine Anfrage.

Er erinnerte an den entsprechenden Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung, die ein solches System anregte. Im Sportausschuss habe das Bezirksamt erklärt, dass dies „leicht umsetzbar“ sei. Doch inzwischen seien fast anderthalb Jahre vergangen. „Wieso verzögert sich die Umsetzung?“, fragte Enge.

Das Bezirksamt beteuerte in seiner Antwort, man habe „unverzüglich“ nach dem BVV-Beschluss mit der Umsetzung begonnen. Man habe sofort eine Projektgruppe eingerichtet, erklärte der für Sport zuständige Bezirksstadtrat **Jörn Pasternack** (CDU). Darin sind neben dem Sportamt unter anderem auch der Bezirkssportbund Pankow, der Fachbereich Informations- und Kommunikationstechnik, Datenschutzexperten, die Senatskanzlei und die Softwarefirma vertreten. Allerdings hätten „personelle Engpässe“ und die Klärung der Finanzierung die Umsetzung verzögert.

Nun aber ist offenbar alles geklärt. „Nach derzeitigem Planungsstand soll das Bürgerportal zum Einsehen der Sportplatz- und Hallenzeiten bis zum ersten Quartal 2024 auf der Internetseite des Fachbereiches Sport des Schul- und Sportamtes Pankow veröffentlicht werden“, kündigt **Pasternack** an.

Datum: 28.10.2023	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Manja Schreiner

Wirtschaft trifft sich mit Politik

WEISSENSEE. Ein Businessfrühstück mit Manja Schreiner (CDU), Senatorin für Mobilität, Verkehr, Umwelt und Klimaschutz, veranstaltet der Wirtschaftskreis Berlin-Pankow am 30. Oktober um 8.30 Uhr im Derag Living Hotel an der Parkstraße 87. Der Verkehr im Berliner Nordosten ist ein viel diskutiertes Thema. Die Bürgermeister von Bernau und von der Gemeinde Panketal sind bei dieser Veranstaltung ebenfalls anwesend. Wer teilnehmen möchte, meldet sich über die Website <https://wirtschaftskreis-pankow.de/30-10-2023-politik-trifft-wirtschaft-wirtschaft-trifft-politik-businessfruehstueck/> an. **BW**

Datum: 28.10.2023	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Manuela Anders-Granitzki

Gedenkstein für Elisabeth Amalia von Voß

BUCH: Kenotaph hat wieder seinen Platz im Schlosspark Buch / Nachfahren bei offizieller Enthüllung zugegen

von Bernd Wähler

Im Schlosspark Buch steht jetzt wieder ein Gedenkstein für Elisabeth Amalia von Voß. Der Kenotaph wurde rekonstruiert und wieder an seinem originalen Standort am nördlichen Rundweg in der Nähe zum Eingang am Pöllnitzweg aufgestellt.

In den 1950er-Jahren wurden die letzten noch vorhandenen Teile geborgen und im Stadtmuseum aufbewahrt. Der Rest wurde abgebrochen und ging verloren. In einer Gemeinschaftsfinanzierung durch die Hinkeldey-Stiftung Berlin, die Stiftung Preußisches Kulturerbe, das Landesdenkmalamt Berlin und das Straßen- und Grünflächenamt gelang es, den Gedenkstein unter Einbezug von Originalteilen wieder zu errichten. Genau wie der ehemalige Stein ist auch der neue von einem kleinen Zaun umgeben.

Doch wer war diese Frau, der dieser Kenotaph (leeres Grabmal zur Erinnerung an eine Tote, die an anderer Stelle begraben ist, d.A.) gewidmet ist? Elisabeth Amalia von Voß (1766-1789) wurde im Alter



Bildhauer und Restaurator Thomas Luckner, Stadträtin Manuela Anders-Granitzki, Klaus von Krosigk von der Hinkeldey-Stiftung und Ingo von Voß (von links) freuten sich über die gelungene Restaurierung. Foto: Bernd Wähler

von 17 Jahren als Hofdame bei der preußischen Königin Elisabeth Christine (1715-1797) angestellt. Damit befand sie sich in einer Familientradition, denn mehrere Mitglieder der Familie von Voß waren bereits bei Hofe angestellt. Die Tante war Hofdame und der Onkel Hofmarschall. Königin Elisabeth Christine ist sogar als Taufpatin in der Taufurkunde von Elisabeth Amalia eingetragen. Ihre Mutter starb, als die

Tochter erst anderthalb Jahre alt war. So wuchs sie bei Verwandten auf.

Am Hofe der Königin lernte sie den Kronprinzen, den späteren König von Preußen Friedrich Wilhelm II. (1744-1797), kennen, der sich sofort in sie verliebte. Über drei Jahre widerstand sie seinem Werben. Am 7. April 1787 wurde dann aber „die morganatische Ehe zur linken Hand“ vollzogen, da

der König bereits in zweiter Ehe verheiratet war. In Kreisen der Fürstenhäuser war es seit dem 13. Jahrhundert möglich, sich, oft als Doppelhehe, mit einem Partner von niedrigerem Stand zu vermählen. Nachkommen aus diesen Verbindungen waren in der Regel aber nicht erberechtigt.

Im November 1787 erhob Friedrich Wilhelm II. Elisabeth Amalia von Voß in den Grafenstand als Gräfin von Ingenheim. Nach einer Fehlgeburt wurde der gemeinsame Sohn Gustav Adolf Wilhelm von Ingenheim (1789-1855) geboren. Kurz nach der Geburt erkrankte die Gräfin schwer an Lungentuberkulose. Sie erlag ihrem Leiden erst 22-jährig, am 25. März 1789. Beerdigt wurde sie auf eigenen Wunsch in der Schlosskirche ihrer Familie in Buch. Das Grab soll sich im Kircheninneren vor dem Altar befunden haben. Bei der Öffnung 1891 fanden sich jedoch keine Gebeine.

Ihr Bruder Otto von Voß (1755-1823) ließ durch den Architekten Hans Christian Genelli (1763-1823) um 1795 im Park einen Gedenkstein errichten. Er ist im Stil einer antiken rö-

mischen Grabanlage gestaltet. Die Reliefplatte zeigt einen Todesengel, der eine lächelnde Sterbende in sein Gewand hüllt. Der Gedenkstein wurde 1956 wegen mutwilliger Beschädigung abgetragen. Die Reliefplatte gelangte ins Märkische Museum und wurde später viele Jahre lang in der Friedrichwerderschen Kirche ausgestellt.

Für die Wiederaufstellung des Kenotaphs setzten sich unter anderem örtliche Initiativen, wie die Fontanefreunde Buch und der Förderverein Kirchturm Buch ein.

Zur offiziellen Enthüllung kamen auch Nachfahren der Familie, und zwar Markus von Voß und Ingo von Voß. „Durch die Wiedererrichtung des Gedenksteins für Elisabeth Amalia von Voß an seinem originalen Standort ist ein preußisches Kulturerbe wiederbelebt und für den schönen Schlosspark Buch eine sehenswerte Bereicherung geschaffen worden“, erklärt Stadträtin Manuela Anders-Granitzki (CDU). Die Gesamtkosten für die Restaurierung und das Aufstellen des Kenotaphs betragen rund 125 000 Euro.

Datum: 28.10.2023	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Manuela Anders-Granitzki

Vor-Ort-Termine wieder nach Vereinbarung

PANKOW: Antragsstau im Gewerbeamt

von Bernd Wähler

Im Bereich Gewerbeangelegenheiten können wieder Termine für Gespräche im Amt vereinbart werden, teilt das Ordnungsamt mit.

Im Sommer gab es ein sehr hohes Arbeitsaufkommen und einen Rückstau bei der Bearbeitung von Anträgen und Gewerbebeantragungen wegen eingeschränkter personeller Kapazitäten. Deshalb konnten vorübergehend keine Termine für persönliche Vorsprachen angeboten werden. Gewerberechtliche Anliegen konnten nur per E-Mail oder über das Berliner Online-Portal abgewickelt werden. Doch nun können wieder persönliche Termine vereinbart werden, und zwar per E-Mail an gewerbe@ba-pankow.berlin.de oder telefonisch unter ☎ 902 95 52 50. Außerdem können Gewerbebeantragungen und Antragsunterlagen weiterhin jederzeit im Online-Portal eingereicht werden auf www.berlin.de/ea.

Eine offene Sprechstunde oder die persönliche Bedienung von Gewerbetreibenden, die ohne vorherige Terminvereinbarung im Amt vorsprechen möchten, kann allerdings vorerst nicht angeboten werden. Grund hierfür seien ein weiterhin sehr hohes Ar-

beitsaufkommen und die eingeschränkten personellen Kapazitäten. Auch bei der Bearbeitung eingehender Anträge und Gewerbebeantragungen könne es noch zu einer verzögerten Erledigung dieser Anliegen kommen, teilt das Ordnungsamt mit.

Bitte um Geduld

„Die verantwortlichen Kolleginnen und Kollegen des Ordnungsamtes arbeiten nach wie vor mit Hochdruck daran, die personellen Lücken im Bereich Gewerbeangelegenheiten vollständig zu schließen und die für die hohe Personalfuktuation und den aufgelaufenen Bearbeitungsrückstand ursächlichen Gründe dauerhaft abzustellen“, teilt die Stadträtin für Ordnung und öffentlichen Raum, Manuela Anders-Granitzki (CDU), mit. „Erste Veränderungsprozesse sind bereits in Gang gesetzt worden und sollen schnellstmöglich dazu beitragen, dass der Service für die Bürgerinnen und Bürger wieder uneingeschränkt angeboten werden kann. Bis zur vollständigen Wiederherstellung des regulären Geschäftsbetriebes, bitte ich allerdings noch um etwas Geduld.“

Weitere Informationen zum Bereich Gewerbeangelegenheiten finden sich auf <https://bwurl.de/1358>.

Datum: 30.10.2023	Medium: Süddeutsche Zeitung
Süddeutsche Zeitung Deutschlands große Tageszeitung	Autor: Thema: Dirk Stettner

Abgeordnetenhaus - Berlin

CDU-Fraktionschef: Wir überprüfen die Antisemitismus-Arbeit

30. Oktober 2023, 17:09 Uhr | Lesezeit: 2 min



Dirk Stettner (CDU) spricht bei einer Plenarsitzung. Foto: Carsten Koall/dpa (Foto: dpa)

[Berlin](#) (dpa/bb) - Gegen Antisemitismus sprechen sich in der Berliner Landespolitik derzeit alle aus - aber wie begegnet man ihm am besten? Die bisherigen Präventionsprogramme stehen nach Angaben von Berlins CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** auf dem Prüfstand. "Ich würde nicht pauschal behaupten, dass alle Antisemitismus-Programme gescheitert sind. Aber wir müssen genau schauen, ob unter dem Deckmantel vermeintlicher Antisemitismus-Arbeit auch Organisationen tätig sind, die gar nichts für

den Dialog der Religionen machen wollen, sondern andere Ziele haben", sagte er dem "Tagesspiegel" (Montag).

"Wir überprüfen gerade alle geförderten Organisationen genau. Klar ist, wer sich nicht eindeutig von jeglichem Terror und Hass abgrenzt und unsere freiheitliche, demokratische Grundordnung akzeptiert, bekommt keinen Cent", sagte der CDU-Politiker.

Stettner kritisiert Antisemitismus-Programme

"Wir haben in den letzten Jahrzehnten zu gerne daran geglaubt, dass die Integration schon irgendwie gelingen werde", sagte Stettner. "So wurde zugelassen, dass Programme fortgeführt wurden, die offensichtlich nicht helfen. Das werden wir ändern."

Antisemitismus habe es in der deutschen Gesellschaft schon immer gegeben, sagte Stettner. Es gebe aber auch importierten Judenhass. "Wer auf Berliner Straßen das Morden der Hamas feiert, ist nicht integriert, ganz egal, ob er einen deutschen Pass hat oder nicht", so der CDU-Fraktionschef. "Da ist die Integration gescheitert. Und das sehen wir zum Teil auch auf unseren Schulhöfen. Der Hass wird an Kinder weitergegeben. Da hat die Integration nicht funktioniert."

"Wir haben viel zu lange tabuisiert, was nicht funktioniert, und sehen ja heute das Ergebnis", argumentierte Stettner. "Erst wenn wir uns trauen, offen darüber zu diskutieren, gibt es überhaupt eine Chance, die Zustände zu ändern."

Der integrationspolitische Sprecher der SPD, Orkan Özdemir, widersprach Stettner: "Ich empfinde das, was die CDU gerade macht, als Diskreditierung der Antisemitismusprävention in Berlin", sagte er am Montag der Deutschen Presse-Agentur. "Wir haben eine sehr moderne und gut vernetzte Antisemitismus-Präventionsarbeit, wir sind bundesweit ganz vorne dabei."

Aus der SPD gibt es Kritik an Stettners Äußerungen

"Bei den Organisationen, die der CDU-Fraktionsvorsitzende erwähnt, weiß ich nicht, wen er meint", kritisierte Özdemir. "Die CDU kommt immer wieder mit irgendwelchen Thesen und untermauert die nicht."

Antisemitismus-Prävention sei ein wichtiges, riesiges Feld. "Wir wollen, dass potenziell gefährdete Gruppen erreicht werden, ihre Denkmuster kritisch hinterfragen und gar nicht erst in bestimmte Milieus abrutschen oder gar kriminell werden", so der Abgeordnete. "Präventionsarbeit ist immer eine Investition in die Zukunft der Gesellschaft."

CDU-Innenpolitik-Experte Burkard Dregger hatte bereits vor mehr als einer Woche für Berlin eine neue Strategie im Kampf gegen Antisemitismus gefordert. Er bemängelte, teuer finanzierte Antisemitismus-Präventionsprogramme hätten keinen Erfolg gehabt. Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe hatte das zurückgewiesen.

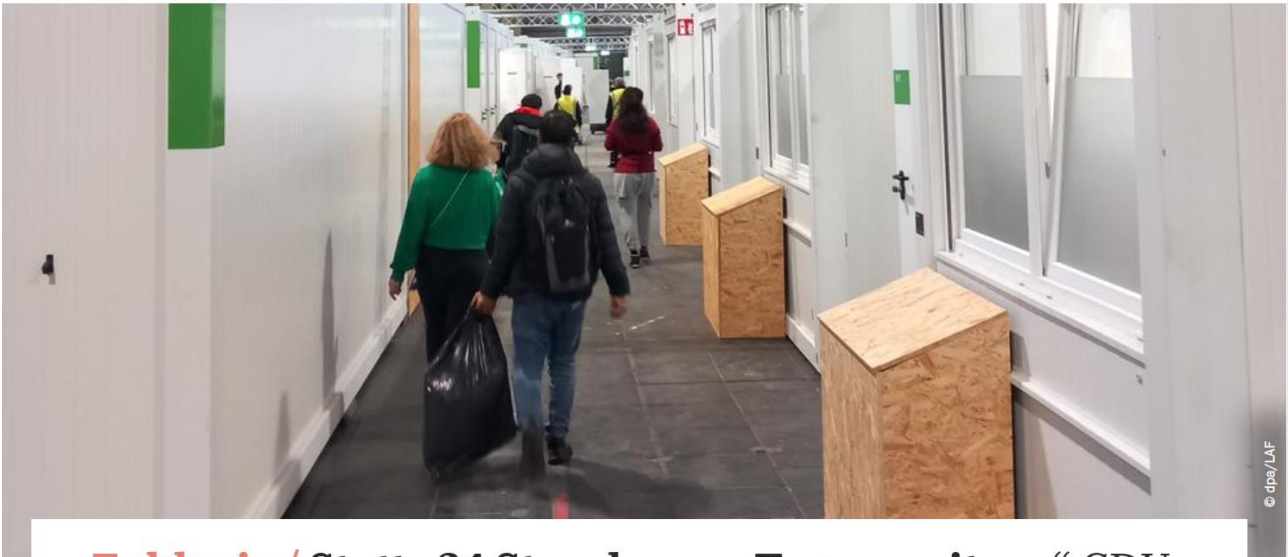
Der Regierende Bürgermeister fordert Debatte über Integration

Währenddessen hat Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) vor dem Hintergrund von Antisemitismus und Israelfeindlichkeit im Zusammenhang mit propalästinensischen Demonstrationen eine Debatte über Integration gefordert. "Der Hass auf unseren Straßen, die Angriffe gegen jüdische Einrichtungen und der offene Antisemitismus zeigen ganz eindeutig, dass wir in [Deutschland](#) ein Problem haben", sagte Wegner der in Berlin erscheinenden Tageszeitung "B.Z." (Montag).

"Wenn Jugendliche sich von Extremisten instrumentalisieren lassen, obwohl sie hier aufgewachsen sind und oft einen deutschen Pass haben, läuft etwas gewaltig schief. Wir werden neu und anders über Integration sprechen müssen", sagte Wegner weiter.

"Jeder, der in Deutschland lebt, muss wissen, dass wir eine offene und vielfältige Gesellschaft sind", sagte Wegner. "Hass, Antisemitismus und israelfeindliche Hetze haben hier keinen Platz. Diese Werte müssen wir besser ermitteln und notfalls mit dem Rechtsstaat konsequent durchsetzen."

Datum: 30.10.2023	Medium: Tagesspiegel
TAGESSPIEGEL	Autor: Christian Latz Thema: Dirk Stettner



Exklusiv / Statt „24 Stunden am Tag rumsitzen“ CDU-Fraktionschef will Flüchtlinge Parks und Straßen in Berlin reinigen lassen

Damit sich Flüchtlinge in Berlin besser integrieren, sollten sie gemeinnützige Arbeiten verrichten, findet CDU-Fraktionschef Dirk Stettner. Entsprechende Angebote werde Schwarz-Rot bald schaffen.

Um Flüchtlinge in Berlin besser zu integrieren, will CDU-Fraktionschef Dirk **Stettner** sie gemeinnützige Arbeit verrichten lassen.

„Jenseits der Bundesgesetzgebung gibt es Spielräume, etwa in Form von gemeinnütziger Arbeit. Das wird manchmal kritisch gesehen, aber ich sehe das als Chance. Das würde die gesellschaftliche Akzeptanz erhöhen“, sagte **Stettner** im [Interview mit dem Tagesspiegel](#).

Der CDU-Politiker kann sich den Einsatz Geflüchteter unter anderem bei der [Reinigung von Parks](#) und Straßen vorstellen. „Gemeinnützige Arbeit ist in vielen Formen möglich – nur aktuell zu kompliziert geregelt. Ich denke zum Beispiel an die Grünflächenpflege

oder Sauberkeit auf unseren Plätzen und Straßen.“ Bestehende Hürden für diese Maßnahme wolle die schwarz-rote Koalition in Berlin „kurzfristig lösen“.

CDU-Fraktionschef fordert strengere Grenzkontrollen und mehr Abschiebungen aus Berlin

Angesichts der großen Zahl an Flüchtlingen, die nach Deutschland kommen, sieht **Stettner** die Bedingungen für eine gelungene Integration nicht mehr gegeben. „Gerade machen wir genau das Gegenteil von Integration. Einfach aus der Notwendigkeit heraus, dass zu viele kommen.“

In Bezug auf die [Flüchtlingsunterbringung](#) könne nur noch von „Aufbewahrung“ die Rede sein. „Wir kriegen die Migranten nicht so untergebracht, gefördert und in die Arbeitswelt integriert, dass sie als ein Gewinn für unsere Gesellschaft wahrgenommen werden“, sagte er. Man dürfe daher „nicht immer weiter Migranten ins Land lassen.“

Der CDU-Fraktionschef sprach sich auch aufgrund dieser Situation für einen [besseren Grenzschutz](#) und mehr Kontrollen an der deutsch-polnischen Grenze. aus. Zudem forderte er, dass Ausreisepflichtige das Land schneller verlassen. Innerhalb der schwarz-roten Koalition in Berlin sei es „das gemeinsame Ziel, da, wo möglich, noch mehr abzuschieben“.

Von der Bundesregierung forderte **Stettner** eine Verschärfung des Asylrechts. „Wir brauchen auf Bundesebene unbedingt eine Änderung des Asylrechts. Wenn die Ampel-Regierung das nicht schafft, kippt die Stimmung.“

Stettner verteidigte in diesem Zusammenhang auch die [Äußerungen von Jens Spahn](#), Vize-Fraktionschef der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, „irreguläre Migrationsbewegungen“ gegebenenfalls „mit physischer Gewalt“ aufzuhalten. „Das ist einfach eine Frage von Ehrlichkeit. Wenn man eine Grenze aufbaut und schließt, dann muss man sie auch verteidigen, wenn jemand versucht, hineinzukommen“, sagte **Stettner**. Die Bürger erwarteten genau dies.

Datum: 30.10.2023	Medium: Tagesspiegel
TAGESSPIEGEL	Autor: Christian Latz Thema: Dirk Stettner



T+ „Wir haben **Judenhass importiert**“ CDU-Fraktionschef Stettner sieht Integration in Berlin teils gescheitert

Berlins CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** meint, dass zu viele Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Er fordert härteren Grenzschutz und will in Berlin mehr abschieben.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten,

schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/wir-haben-judenhass-importiert-cdu-fraktionschef-stettner-sieht-integration-in-berlin-gescheitert-10699879.html>